Nr. 26. Jahrgang V.



Berlin, 26. Juni 1896.

Allgemeine Israelitische Wochenschrift

Nebst einer wissenschaftlichen Beilage „Jeschurun".

Redakteur: A. Levin.
Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57.
Telephon:
Redaktion VII, 4236. * Expedition VI, 796.

Treu und frei!

Bezugspreis vierteljährlich:
Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 2,00,
alle andern Länder Mk. 2,50.
Post-Zeitungsliste Nr. 108.

Die „Wochenschrift" erscheint an jedem Freitag mindestens 20 Seiten ($2\frac{1}{2}$ Bogen), der „Jeschurun" Mitte und Ende jeden Monats mindestens 4 Seiten ($\frac{1}{2}$ Bogen) stark. Zu beziehen durch die Post (Zeitungsliste pro 1896 Nr. 108) oder unsere Expedition.

Inhalt:

Reform und Ignoranz.

Zu den Vorzügen der überlieferten jüdischen Gemeindeverfassung gehört in erster Linie, daß sie dem Laientum die Herrschaft einräumt und der Gemeinde Souveränität verleiht. Diese Herrschaft aber ist nicht schrankenlos, die Souveränität keine Willkür. Mit einer Weisheit, die kaum anders als durch Divination sich erklären läßt, hat der Urheber der jüdischen Gemeindeverfassung, die ein Abbild der jüdischen Staatsverfassung ist, das erbliche Priestertum auf den Dienst im Gotteshause ausschließlich verwiesen, diesem damit Achtung sichernd, doch zugleich der Bildung eines herrschsüchtigen Pfaffentums vorbeugend. In der Ehrfurcht des Volkes stellte er die Lehrer voran, die Geistliche im Sinne anderer Konfessionen nicht sein wollten und nicht sein konnten, und die ihr Ansehen von Fall zu Fall durch Scharfsinn, Weisheit und Erfahrung verteidigen und neu gewinnen mußten. Dem Laientum blieb die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorbehalten, ohne eine andere Beschränkung, als die in der Natur des Gemeindezweckes lag: das Judentum zu hüten und zu wahren, seinen köstlichen Inhalt zu pflegen und, wo es anging, zu mehren. In allen wichtigen Fragen entschied die Gemeinde, einem Geschworenengericht vergleichbar, das Rechtsbelehrung von den Lehrern in Israel, den Rabbinern empfing. Und mit Ehrerbietung nahm die Gemeinde die Belehrung entgegen. Die gelehrten Laien, an denen es fast nirgends fehlte, hatten in hundert Disputationen des Rabbi Urteilssicherheit erprobt, und die Ungelehrten lauschten mit fast andächtiger Achtung vor dem Wissen den Worten ihrer bestellten Lehrer. Beinahe unmöglich war unter solchen Verhältnissen ein Konflikt, der selbst dann nicht ausbrach, wenn die Entscheidung der Gemeinde nicht dem Sinne des Rabbiners entsprach; denn in diesem Falle hatte nicht etwa die Unwissenheit, sondern es hatte die Gelehrsamkeit eines Anderen entschieden, die recht gut einmal den Sieg davontragen konnte, ohne das Ansehen des Rabbiners zu untergraben oder auch nur zu schmälern.

Auf diese Weise war es ohne Schaden, daß an die Spitze der Gemeindeverwaltung zuweilen Personen traten, die sich hierzu nur durch ihren Reichtum empfahlen. Man durfte sicher sein, daß ihr Ehrgeiz befriedigt war, wenn sie die Vorsteher derer hießen, deren Willen sie vollstreckten, und daß sie das Mißverhältnis zwischen der übertragenen und der verdienten Würde gern durch Opfer ausglichen, die sie dem Gemeinwohl brachten.

So bewährte sich in unserer Gemeindeverfassung die Herrschaft des Laienelements ausgezeichnet. Die Gemeinden gediehen, im Judentum herrschte reges Leben, seine Wissenschaft entfaltete sich zu hoher Blüte und gewann an Vielseitigkeit wie an Tiefe. Auch in den langen, allzulangen Zeiten harter Verfolgung, die Israel neu zusammenhämmerte und alle Teile der religiösen Gemeinschaft mit festen Banden umschlang, blieb in Israel das Mäcenatentum der Laien für die Forscher und Verbreiter der Lehre von unerschöpflicher und königlicher Freigebigkeit. Wer nicht mit seiner Person dem Glauben und der Wissenschaft dienen konnte, der diente mit seinen Mitteln und wußte sich gleichermaßen gottwohlgefällig, wenn er Synagogen oder Schulen baute oder Druckereien einrichtete, die Herausgabe und Verteilung gelehrter Werke veranstaltete.

Die Achtung vor Bildung und Wissen ist bis auf den heutigen Tag ein Schmuck der Judenheit geblieben und macht nicht das geringste Moment aus, das jüdische Eltern bewegt, unter den schwersten Opfern und Entbehrungen für einen das

Mittelmaß übersteigenden Unterricht ihrer Kinder zu sorgen. Die Kehrseite dieses Vorzuges ist ein gewisser Bildungsstolz, der zuweilen zu Anmaßlichkeit und Ueberhebung sich steigert, allerdings immer nur auf der Grundlage der Selbstüberschätzung. Und keineswegs einseitig war die Achtung vor der Bildung; sie galt der profanen Gelehrsamkeit nicht minder als der Gottesgelahrtheit, und die Diplomierung durch einen akademischen oder staatlichen Titel wurde unbedingt für voll angesehen.

So ist es gekommen, daß neben dem Reichtum der Titel eine sichere Anwartschaft auf die Wahl in Vorstand und Repräsentanz der jüdischen Gemeinden verlieh. Das gilt überall, für Berlin wie für alle Gemeinden der Diaspora. Der Rechtsanwalt und der Professor, der Justizrat und der Kommerzienrat stellen für die Leitung der jüdischen Gemeinden das stärkste Kontingent. Das wäre auch heute genau so gut, wie es in einer weniger titelreichen Zeit gut gewesen ist, wenn nicht die von Einseitigkeit freie jüdische Bildungsachtung gerade bei den blos modern gebildeten Juden unerwiedert geblieben wäre. Ein neues Geschlecht ist aufgewachsen, das den „Cheder“ nur aus Anekdoten, die „Jeschiwah“ nur aus herabsetzenden Erzählungen kennt und durch keinerlei positives Wissen gehindert ist, von der Tradition despektierlich, vom Talmud mit dem verächtlichen Mitleid zu reden, das heutzutage nicht einmal mehr der Sohn des Himmels, der Herr des Reiches der Mitte gegenüber den Barbaren Europas empfindet. Diese Laien haben dem Rabbinat und der jüdischen Gottesgelahrtheit gegenüber keineswegs die Ehrerbietung, die vordem die Herrschaft des Laientums in der Gemeinde so wohlverträglich mit der Pflege der Wissenschaft des Judentums und seiner Lehre machte. Diese Laien halten sich fast sämtlich für geborene „Reformatoren“, weder durch Pietät noch durch Kenntnis in ihrer „Reform“-Arbeit behindert.

Ferne sei es, jede Reformthätigkeit zu bannen! Auch das religiöse Leben ist ohne Entwickelung nicht möglich, und jede Entwickelung ist Reform. Das Judentum wäre inderthat eine Mumie, hätte es in viertausendjähriger Existenz keine Entwickelung durchgemacht. Nie wäre es zu seinem hohen Alter gekommen, hätte nicht das Judentum ebenso wie es seine Bekenner reformierte, auch Reformen im Geiste seiner Bekenner erfahren. Aber wer sich unterfangen will, zu reformieren, der muß kennen und lieben, was er zu reformieren unternimmt. Wer an das Werk herantritt, das Judentum von dem Staub der Jahrhunderte zu befreien, der darf nicht mit dem geistigen Horizont einer Waschfrau, nicht mit dem Besen der Kehrfrau an diese Arbeit gehen. So nützlich Kehrfrauen mit ihrem Besen im Haushalt sind — im Hause Gottes soll ihre Hand die Heiligtümer nicht berühren, sollen die Diener Gottes sich nicht zu hoch halten, auch den scheinbar geringen Dienst zu verrichten. In Wahrheit ist der Dienst nicht gering, denn er ist die Voraussetzung für Erhaltung und Läuterung der Ueberlieferung.

Unsere „Reformatoren“ sind wackere Leute, die mit Kehrbesen und Wischtuch zu hantieren verstehen. Würde aber eine Museumsverwaltung einen Rembrandt oder Tizian zur Reinigung so qualifizierten Männern überlassen? Nicht das geringste Bild ihrer Sammlungen gäben sie solcher Behandlung preis. Für diese Arbeit, zu der sich Hausarbeiter geschickt genug glauben, sind Konservatoren angestellt, die gelehrt und kunstverständig zugleich sind, und nur mit zager Vorsicht die anvertrauten Schätze berühren. Und noch immer sind sie nicht zage genug, ist ihre konservierende Thätigkeit zuweilen ein Verderb. Hier aber, wo ungleich Größeres auf dem Spiele steht, als ein noch so kostbares Bild, hier walten mit Scheuerlappen und Staubtuch die Leute, denen selbst die Patina, der Edelrost der Jahrhunderte nur Schmutz scheint, und ihre Stumpfsinnigkeit glaubt ein gut Stück Arbeit gethan zu haben, wenn es ihr gelungen ist, den verklärenden tiefen grünen Glanz, den nur die Zeit so köstlich zu bilden vermag, zu stumpfen!

Gewiß ist wohlgemeint, was diese „Reformatoren“ thun. Aber diese Wohlmeinung ist ganz subjektiv und mindert nur das Vergehen, nicht den angerichteten Schaden. Sie haben nach Mustern Umschau gehalten und zur Nachahmung empfohlen, was ihnen gefiel, nicht was unserer Eigenart entsprach. Aeußerlichkeiten, die in einem fremden Gottesdienst sich historisch entwickelt haben, wurden auf den unseren übertragen, dem sie wenig ziemten. Das war an sich so schlimm nicht, denn unser Organismus ist stark genug, auch das Fremde sich zu assimilieren. Doch der äußere Schmuck und Zierrat überlud und erdrückte mehr und mehr den Kern, der schnell vergessen wurde, weil man nicht lernte, sich in ihn zu vertiefen, weil die „Reformatoren“ bei aller guten Absicht nicht die unentbehrliche Kenntnis dessen besaßen, was sie reformieren wollten. In ihre Reihe traten vielfach Männer, die von dem Judentum blos deshalb sich der Form nach nicht abgewendet hatten, weil es ihrer Redlichkeit widerstrebte, ein anderes positives Bekenntnis abzulegen, dem sie gleichfalls nicht mit Wahrheit sich zuwenden konnten, oder weil sie für schimpflich hielten, sich von einer Gemeinschaft in einer Zeit loszusagen, da diese bedrängt war, und sie den Schein der Feigheit und Fahnenflucht nicht auf sich nehmen mochten. Diese Beweggründe sind anerkennenswert, doch ihre Wirkung bleibt bedauerlich, wenn die innerlich dem Judentum abgestorbenen Glieder gleichwohl sich befugt halten, die Einrichtungen des Judentums zu modeln. Sie mögen noch so überzeugt sein, daß ihre Aenderungen Verbesserungen sind — sie sollten sich sagen, daß ihnen mehr als jedem anderen der Beruf zu solcher Thätigkeit fehlt.

Es wäre Unrecht, wollte man allen, die unter dieses Urteil fallen, nachsagen, daß sie ihre Befähigung nicht hinreichend geprüft und zu einem Amte sich gedrängt hätten, dem nicht gewachsen zu sein sie sich bewußt sein mußten. Sie waren über sich ebenso wie über das im Irrtum, was sie sich zur Aufgabe gestellt hatten; sie wollten reformieren, was sie zu kennen meinten, aber thatsächlich nicht kannten. Die Meisten freilich unterlagen einem Trugschluß, dessen Gröblichkeit gerade der Anlaß für die Menge seiner Opfer gewesen sein mag: die Reformen, zu denen man sich entschloß, betrafen zunächst solche Aeußerlichkeiten, die nicht mehr als „zeitgemäß“ angesehen wurden. So wurde altes abgeschafft und durch neues ersetzt.

Man braucht durchaus kein laudator temporis acti zu sein, braucht durchaus nicht die Wiederkehr alles dessen zu wünschen, was von unberufener Seite entfernt worden ist, und

kann doch das unbedingte Zugeständnis verlangen, daß Beseitigung sowohl wie Ersatz mit Fug nur von denen vorgeschlagen werden dürfe, denen die Bedeutung des zu Beseitigenden geläufig ist.

Bei der Beseitigung und Aenderung von Aeußerlichkeiten aber blieb man nicht stehen. Man begnügte sich nicht mit der im Grunde harmlosen Freude an Orgel und Bäffchen, man ließ es nicht bei der recht billigen und ungefährlichen Feindschaft gegen die Pijutim bewenden, sondern tastete zuletzt mit verwegener Hand an die innersten Heiligtümer, an Thora und Sabbat. Ob auch hier blos Unkenntnis gewaltet, darf unerörtert bleiben. Der Verdacht zum mindesten ist vorhanden, daß hier diejenigen, die aus dem Judentum nicht ausziehen wollten, weil ihnen — vorläufig — keines der anderen Religionshäuser als Wohnung zusagte, für religiös geschminkte Freigeisterei den Tempel Jehovahs sich einrichten wollten!

Die meisten Eingriffe sind unter dem Vorgeben gemacht worden, daß das neue Geschlecht der Synagoge und damit schließlich dem Judentum entfremdet werde, wenn nicht die nicht mehr erlernte hebräische Gebetssprache erhebliche Einschränkung erfahre. Der Grund ist inderthat durchschlagend. Verstehen die Juden nicht mehr hebräisch, so müssen sie auch auf das hebräische Gebet verzichten — so lange die Unkenntnis dauert. Muß denn aber die Unkenntnis dauern? Niemand wird dies im Ernste behaupten wollen. Und doch hat sich eine seltsame communis opinio dahin gebildet, daß die Unwissenheit, die denkbar größte Unwissenheit vollen Anspruch habe, für die synagogalen Einrichtungen die einzig berücksichtigenswerte Eigenschaft zu sein. Und auch hier darf unerörtert bleiben, ob blos Unkenntnis gewaltet hat. Der Verdacht zum mindesten ist vorhanden, daß hier diejenigen, die selbst in der Synagoge, in der sie nicht heimisch sind, mit ihrem Deutschtum weit mehr nach außen prunken als es vor Gott bekennen wollen, durch Ausmerzung jeder Erinnerung an Zion aus den Gebeten eine Art germanischer Gottesleugner-Synagoge zu schaffen beabsichtigen, in der man schließlich alles finden kann, nur kein Judentum!

Sind solche machiavellistischen Pläne vorhanden, so hegen sie gewiß die Wenigsten. Die überwiegende Mehrzahl der „Reformatoren“ besteht aus sonst recht inaggressiven Männern, die in aufrichtiger Selbstüberschätzung ihre Unwissenheit als einen Normalzustand ansehen, den zu ändern nur eine verderbliche und unheilbare Nörgelei verlangen könne. Sie fühlen in dieser Unwissenheit sich sehr behaglich, sind sogar stolz darauf, und das gleiche Behagen, die gleiche Stolzberechtigung gönnen sie aller Welt. Sie haben nichts, gar nichts vom Macchiavell, nicht einmal von dem Fuchse, dem eine zornige Köchin, da sie ihn beim Diebstahl erwischte, mit siedendem Wasser den Schweif abgebrüht hatte, und der nun den Mitfüchsen empfahl, sich des „überflüssigen Anhängsels“ gleichfalls zu entledigen. Die Laien, die bei uns in der Gemeinde und in der Synagoge die Herrschaft beanspruchen über Geldbeutel und Gebetbuch, über Schule und Predigt, die in blindem Eifer um sich herum „reformieren“, sind keine Füchse, auch nicht die von Achtung vor dem Wissen erfüllten Laien der altjüdischen Gemeinde — sie sind ganz gewöhnliche Ignoranten, voller Stolz auf ihre Ignoranz!

Reformen müssen sein — Ignoranten müssen sein — aber die Ignoranten müssen nicht durchaus Reformatoren sein.

M. A. Klausner.

Westfalen und kein Ende.*)

Seitdem die Hamburger mit Kürzung bez. kleiner Abänderung der Gebete den Anfang gemacht haben, sind darüber ca. 8 Jahrzehnte vergangen und der erwähnte Vorgang hat mittlerweile zahlreiche Nachahmungen gefunden — hat kein Gebetbuch in orthodoxen Kreisen soviel Aufregung hervorgerufen wie das vom Ausschuß des Synagogen-Gemeinde-Verbandes von Westfalen herausgegebene und von vielen Gemeinden freiwillig eingeführte sogenannte Vogelsteinsche Gebetbuch. Man fragt vergebens nach der Berechtigung zu dieser Erregung. In Hamburg galt es s. Z. noch dem Grundsatz des principiis obsta gerecht zu werden; damals riefen die Orthodoxen Begutachter den Hamburger Neuerern zu: „Denn ich bin groß und du bist klein!“ — Heutzutage jedoch kommt es nicht mehr darauf an, ob es ein reformiertes Gebetbuch mehr oder weniger giebt, — seit 75 Jahren hat die Neologie mindestens ebensoviele, vielleicht gar bedeutendere „Größen“ in Deutschland hervorgebracht als die Orthodoxie — warum dieser Rummel mit Gutachten gegen das qu. Gebetbuch? Die fünfzig aus aller Herren Länder zusammengelesenen, viele Berufsarten ihrer Inhaber umfassenden Unterschriften weisen auch nicht einen Namen auf, der dem Vogelsteins überlegen wäre, welcher übrigens dem Schreiber dieser Zeilen persönlich ganz unbekannt ist; er weiß jedoch, daß er im Dienste des Judentums grau geworden, und es deshalb schon nicht verdient, in einem anständigen Blatte, das doch bei allem Sarkasmus seiner tüchtigen Mitarbeiter stets auf Anstand hielt und sich darin wohlthuend von vielen anderen jüd. Blättern, die um Jahrzehnte älter sind, unterschied, mit Rabbinerlein oder „Rabbiner“ bezeichnet zu werden.

Dieses Blatt hält doch das Andenken Jellineks hoch; Jellinek aber war es, der einst in einer שבעות-Predigt den witzigen Ausspruch that ויאמר לקוצרים ד' עמכם. „Auch denen, die da kürzen, rief er zu: „Gott ist mit Euch!“ Wenn es in Westfalen Leute giebt, welche an dem alten Siddur kein Gefallen finden, weil sie ihn nicht verstehen, und aus demselben gar nicht beteten, weil er ihnen zu lang war, dann sollte es doch allseitig mit Freuden begrüßt werden, daß ihr Interesse für das Gebetbuch, welches ja keiner Gemeinde aufgedrängt wurde, überhaupt erwacht ist und daß sie ein Bedürfnis nach einem solchen empfinden. Zur Liebe kann man niemand zwingen, auch nicht zur Liebe für Zion und Jerusalem, und die von den westfälischen Gemeinden bekundete

*) Um auch die Diskussion über das westfälische Gebetbuch vor Einseitigkeit zu bewahren, haben wir uns bemüht, die Meinungsäußerung eines Verteidigers desselben einzuholen. Der Aufsatz war für die vor. Nr. geschrieben, mußte jedoch wegen Raummangels zurückgestellt werden. Red.

Gesinnungstüchtigkeit ist eher geeignet, Respekt einzuflößen, als Hohn und Spott hervorzurufen.

Nun erst erkennt eine Handvoll Leute, die sich orthodox nennt, — unter diesem Firmenetiquett ist man ja jetzt des Erfolges sicher — ihren Beruf. Es wird mit großem Tamtam eine grandiose Hetze in Szene gesetzt, in Gegenwart mehrerer Häuptlinge aus anderen Provinzen eine „Massenversammlung“ mit ca. 150 Teilnehmern abgehalten, bei der nach einem Berichte von beteiligter Seite alle „Ehrenmitglieder“ meisterhaft gesprochen — orthodoxe Rabbiner sprechen alle meisterhaft — und es wird mit großem Jubel beschlossen, für die 100 in Westfalen zerstreut lebenden Glaubensgenossen einen orthodoxen Rabbiner zu engagieren. Divide et impera war die Devise, als vor 20 Jahren das jämmerliche Austrittsgesetz geschaffen wurde; nach demselben Rezepte handeln unsere Neuorthodoxen mit wenig Geist und viel Behagen seitdem überall, sei es in Hessen, sei es in Westfalen. „So lieblich klang des Voglers Pfeife, bis die Gimpel in dem Netze hingen.“

Schreiber dieser Zeilen, der für seine Person weder ein abgekürztes Gebetbuch gebraucht — denn er hat ein anderes Judentum mit der Muttermilch eingesogen, ein Judentum, das in Deutschland unwiederbringlich dahin ist — noch auch ohne Not ein solches freiwillig einführen und Leuten aufdrängen würde, kann aber nicht verhehlen, daß jede Zeit ihr Recht hat und der in der Zeit Lebende auch, und er vermag durchaus nicht einzusehen, daß Vogelstein mit seiner Edition des Gebetbuches gegen irgend einen Fundamentalsatz des Judentums verstoßen; er hat einfach gethan, was Klugheit und warmer Eifer für Erhaltung religiösen Lebens in Westfalen ihm geboten, und es liegt kein Grund vor, sich gegen dieses Vorgehen zu ereifern.

Alle die westfälischen Gemeinden, welche das neue Gebetbuch eingeführt haben, hatten früher so gut eine Orgel in der Synagoge wie jetzt auch; um die Schechita hat sich kein Mensch gekümmert; die Zeremonialgesetze wurden von den Einzelnen samt und sonders über den Haufen geworfen; der Sabbat wurde durch die Ladenthüre hinauskomplimentiert, zum Unterschiede von vielen orthodoxen Gemeinden, in denen „gegen Revers“ dasselbe durch die Hinterthüre geschieht — in Westfalen gab es auch bis jetzt reformierte Gebetbücher, an denen ja kein Mangel ist, und nur weil die Willkür jetzt aufgehoben, alles einheitlich geregelt wurde —, das erst hat dem Faß den Boden ausgeschlagen?

Das erinnert an einen bekannten Scherz, der hier kurz wiedergegeben werden soll, so wenig scherzhaft auch es dem Schreiber zu Mute ist: Einem frommen Vater wird am Jom Kippur gemeldet, sein Sohn befinde sich in einem nichtjüdischen Restaurant soeben beim Mittagmahle. Um sich selber davon zu überzeugen, entledigt er sich seines „Kittels“ und verfügt sich in jenes Restaurant, wo er durchs Fenster sieht, wie sein Söhnlein es sich wohlschmecken läßt. Er stört sein Söhnlein nicht, man weiß nicht aus welchem Grunde, sondern sieht sich die Geschichte mit an, bis das Mahl zu Ende ist. Als jedoch der Herr Sohn zum Dessert auch Aepfel und Nüsse genehmigt, da springt der Vater entrüstet mit den Worten hinzu: „Du ungeratener Sohn, darf man vor Hoschano Rabbo Nüsse essen?“ — — Den Vergleich weiter auszuführen, das würde nur die Sache abschwächen.

Es sei darum schwankenden Gemütern die Augen geöffnet, sich nicht bethören zu lassen und zu thun was sie später bereuen könnten. Wie jedes gesunde Staatswesen, muß auch das religiöse Leben in freiheitlichem Sinne sich entwickeln oder erstarren. Andere können auch anderer Ansicht sein. Ich ehre die Ueberzeugung eines jeden Menschen, wenn sie mit Anstand und Würde vorgetragen wird — wenn aber Westfalen einen Rabbiner endlich bekommen soll — was sicherlich wünschenswert wäre — darf es kein extremer sein, und es liegt keine besondere Veranlassung vor, gerade jetzt einen solchen als begehrenswert erscheinen zu lassen. Ein gemäßigt liberaler, oder ein gemäßigt orthodoxer — was ja auf ein und dasselbe herauskommt — Rabbiner, welcher durch milde Versöhnlichkeit, Rührigkeit und Friedensliebe allein befähigt ist die reichlich vorhandenen, seit dreißig Jahren — seit dem Tode des letzten Rabbiners — aufgehäuften Gegensätze auszugleichen, ist in Westfalen an seinem richtigen Platze. Die Herren sind gewarnt; ob sie darauf hören, ist nach bisher gemachten Erfahrungen in solchen Dingen sehr zweifelhaft, denn wie sagt doch Lessing: „Begreifst du aber, wie viel andächtig schwärmen leichter als gut handeln ist!“

Dr. Singer-Coblenz.

* * *

Nachbemerkung der Redaktion. Es ist hier nicht Brauch, einem Redner — will sagen Mitarbeiter — ins Wort zu fallen. Heute müssen wir aber gegen diesen „Minhag“ verstoßen und einige Zeilen reproduzieren, die wir vor acht Monaten geschrieben haben. Diese Reproduktion soll eine ermüdende Polemik unnötig machen.

Daß wir in der westfälischen Rabbinerfrage auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Singer stehen, das wissen unsere Leser; das haben wir vor vier Wochen ausdrücklich betont. Auch darin stimmen wir unserem gesch. Mitarbeiter bei, daß die Anstellung eines Rabbiners, eines wirklichen Rabbiners in Westfalen ein Segen wäre; er würde der sich spreizenden Ignoranz einen Damm entgegensetzen.

Der Grund für die Agitation gegen das Vogelsteinsche Gebetbuch ist jedoch ein anderer. In No. 43 vom 25. Oktober 1895 schrieben wir wörtlich:

„Der Streit um Vogelsteins Buch macht auf den unbefangenen Zuschauer einen fast komischen Eindruck. Die nicht endenwollende Polemik, die pathetischen Beschlüsse für und gegen möchten fast den Glauben erwecken, mit dem neuen westfälischen Gebetbuche sei eine neue Offenbarung der Menschheit, zum mindesten der Judenheit verkündet worden, die man entweder verhimmeln oder verketzern müsse. Dem ist in Wirklichkeit nicht so. In fachmännischen Kreisen ist es längst bekannt, daß das neue Gebetbuch eine sehr mittelmäßige Leistung darstellt, daß es modernisierte Gebetbücher giebt, die das Vogelsteinsche überragen sowohl in ihrer Anlage als auch in der Diktion. Diese aber sind nicht so heftig angefeindet worden, weil ihre Herausgeber nicht ambitiös die Kanonisierung der Bücher forderten. Wäre nicht von der einen Seite das Buch

als ein Lebenselexier angepriesen worden, die andere würde es nicht als tötendes Gift verschrien haben. Das Vogelsteinsche Buch ist weder das eine noch das andere; an ihm wird niemand sterben, an ihm wird keiner gesunden."

Hiervon haben wir auch heute kein Wort zurückzunehmen; höchstens wäre noch hinzuzufügen, daß das oben ausgesprochene Urteil zu günstig für das Buch gewesen. Dies soll demnächst eine kritische Beleuchtung aus der Feder eines der hervorragendsten freisinnigen Rabbiner Deutschlands darthun, und alsdann sei das Buch für uns begraben.

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Charlottenburg.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die jüdische Gemeinde (eigentlich Religionsverein) zu Charlottenburg ist in der neugewählten Repräsentanten-Versammlung schon wiederholt Gegenstand der Diskussion gewesen. So lange der Berliner Vorstand sieben Jahre lang je 7000 Mark bewilligte, war über allen Wipfeln Ruh'. Nunmehr aber beginnen die neuen Repräsentanten über die Munifizenz des Vorstandes zu murren, und wie sehr sie dazu berechtigt sind, soll die nachfolgende Darstellung zeigen, die zugleich ein nicht uninteressantes Bild der — sit venia verbo — Entwicklung der betreffenden Gemeinde giebt.

Der Religionsverein Charlottenburg besteht seit ungefähr 20 Jahren. Anfangs bezog er bei einer Zahl von 30 Mitgliedern eine Subvention von 300 Mark! Nach einigen Jahren wurden 600, dann 900, und im Jahre 1887 bei 25 Mitgliedern 2400 Mark bewilligt.

Es funktionierten dort folgende Beamte: Chodowski (jetzt Dr. Chodowski in Oels) 1 Jahr, Neubauer (jetzt in Zittau) 9 Jahre, Rabbiner Rubinstein ½ Jahr, der Schreiber dieses 2½ Jahr, Petuchowki, Wiesen, Gamsu je ½ bis 1 Jahr und seit einigen Jahren der jetzige Kantor.

In welchem Ansehen ehedem der Religionsverein bei seinen eigenen Mitgliedern stand, illustriert die eine Thatsache, daß der spätere Renegat Wilhelm Schlesinger, als er noch als Rabbinatskandidat Nathan hieß und sich große Verdienste um den Religionsverein erworben, — daß dieser spätere Redakteur einer antisemitischen Zeitung seine Ernennung zum Ehrenmitglied der jüdischen Gemeinde in Charlottenburg mit Entrüstung ablehnte!

Nach meinem Engagement als Prediger und Lehrer im Juli 1886 bewilligte die Berliner Gemeinde der Charlottenburger im Januar 1887 eine jährliche Subvention von 2400 Mark. Als ich nach der betreffenden Repräsentantensitzung in Berlin dem Charlottenburger Vorstande diese Nachricht brachte, jubelten wir alle über den unerwarteten Erfolg unserer Petition, und in großer Begeisterung wurde dem Referenten, Herrn Banquier A. Nuß, der unsere Petition warm befürwortet hatte, eine Dankadresse übersandt.

Der Triumph war vollberechtigt, denn der Religionsverein hatte nunmehr folgende Einnahmen:

a) Beiträge von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern	Mk. 800
b) Ertrag der Synagogenplätze	„ 400
c) Spenden in der Synagoge	„ 200
d) Subvention der Berliner Gemeinde	„ 2400
Summa	Mk. 3800

Diesen Einnahmen standen als Ausgaben gegenüber:

a) Miete für das Betlokal	Mk. 600
b) Gehalt des Beamten	„ 1500
c) „ „ Synagogendieners	„ 150
d) Extra-Ausgaben	„ 150
Summa	Mk. 2400

Da das damalige Betlokal im „Türkischen Zelt" gekündigt war, so konnte man nunmehr ein geräumigeres Lokal mieten, und wenn man das Gehalt unter b nicht erhöhen wollte, — was mir allerdings versprochen war, — so blieb immer noch ein erheblicher Ueberschuß.

Allein l'appétit vient en mangeant! Gänzlich unerwartet kam ein neuer Geist über den Charlottenburger Vorstand. Trotz der Begeisterung ob der Munifizenz der Berliner, die ja in der erwähnten Dankadresse zum Ausdruck gekommen, erklärte man nach einigen Wochen dem Berliner Vorstande, daß man mit der Höhe der Subvention nicht zufrieden sei, und stellte nun die Alternative: entweder die Berliner Gemeinde solle das gesamte Budget für die Charlottenburger Synagoge und Schule übernehmen oder die Charlottenburger Gemeinde würde sich von der Berliner lossagen und eine eigene Gemeinde bilden. Der Berliner Vorstand nahm diese Drohung ernst — und nicht mit Unrecht, denn zu Charlottenburg gehörte damals, wie noch heute, der 18. Stadtbezirk, und dort, im Westen, wohnen zahlreiche reiche Mitglieder der Berliner Gemeinde, deren Steuerbeiträge ihr verloren gehen würden. Der Vorstand in Berlin konnte allerdings nicht wissen, daß außer etwa zehn Mitgliedern des Charlottenburger Religionsvereins, die Generalversammlungen abhielten und Beschlüsse extemporierten, die übrigen freiwilligen Mitglieder dieses Vereins in Charlottenburg, oder die in Charlottenburg und im 18. Stadtbezirk wohnenden Israeliten weder von der Existenz des Religionsvereins noch von den Beschlüssen dieses Vorstandes eine Ahnung hatten. Man kann allerdings nicht sagen, daß die Genannten terrorisiert wurden; sie waren einfach ahnungslos.

Da ich die früheren Petitionen entworfen und mir die geistige Qualität der Charlottenburger Vorstandsmitglieder bekannt war, hielt ich es für meine Pflicht, meine Gemeindemitglieder zu ermahnen und zu bitten, mit der bewilligten Subvention zufrieden zu sein. Vergebens. Als ich dringender warnte, wurde ich als lästig vor Ablauf meines Kontraktes gekündigt. Die Kündigung wurde damit motiviert, daß die Berliner Gemeinde sich angeboten habe, mehrere Kultusbeamte für die Charlottenburger Gemeinde zu engagieren, was übrigens der Berliner Vorstand entschieden in Abrede stellte.

Man denke sich nun meine Situation. Zehn Mitglieder eines Privatvereins dekretieren den Austritt aus der großen Berliner Gemeinde. Die Regierung zeigt sich willfährig, denn das Gesetz von 1847 gestattet die Bildung einer eigenen Gemeinde bei einer gewissen Zahl von jüdischen Einwohnern,

und die waren reichlich vorhanden; sie prüfte aber nicht die Legitimation der Herren, die sich Vorstand der jüdischen Gemeinde nannten. Daß hier eine, vielleicht unbeabsichtigte Täuschung vorlag, konnte auch die Regierung nicht wissen, aber der erfahrene Berliner Vorstand hatte die Pflicht, das Mandat der Charlottenburger Herren zu prüfen. Es wäre ein Kinderspiel gewesen, zu beweisen, daß alle Anträge und Beschlüsse nur von einer Korona nicht vollwichtiger Personen ausgingen — aber die Herren vom grünen Tisch in Berlin ließen sich einschüchtern. Wir aber, die in Charlottenburg wohnenden Mitglieder der großen Gemeinde, waren in Gefahr von allen in Berlin geschaffenen Institutionen — ich nenne nur den Begräbnisplatz — ausgeschlossen zu werden.

Mit voller Ueberlegung that ich nun einen Schritt, unter dessen Nachwirkungen ich viele Jahre alle Qualen einer verleumderischen Nachrede erduldet, die mir das Leben verbittert und mir für Jahre die Existenz geraubt — einen Schritt, den ich heute in gleicher Lage aber ebenso ruhig wieder thun würde. Ich sandte dem Vorstande in Berlin ein ausführliches Memorandum, worin ich die Zustände in der Charlottenburger Synagoge und Schule getreu schilderte; Zustände, wie sie noch heute, nach sieben Jahren, unter gänzlich veränderten Verhältnissen, bei einer Subvention von 7000 Mark, mit einer Synagoge und Orgel und einer Mitgliederzahl von 600 Familien (gegen 25 vor 7 Jahren) dort herrschen.

Der Berliner Vorstand hielt meine Mitteilung für wichtig genug, um sofort nach Eingang derselben eine Sitzung ad hoc zu halten, und infolge einer Vorstellung bei der Regierung wurde nunmehr von dem Polizeipräsidium in Berlin eine Generalversammlung der in Charlottenburg wohnenden Israeliten anberaumt, zu der auch ich als steuerzahlendes Mitglied der großen Gemeinde eine Einladung erhielt.

Die Generalversammlung wurde noch in letzter Stunde abbestellt. Man fürchtete neue Enthüllungen und schloß einen Kompromiß. Der Charlottenburger Vorstand zog seine Anträge auf Bildung einer eigenen Gemeinde zurück und der Berliner Vorstand bewilligte eine Subvention von 7000 M. pro Jahr **unter der Bedingung, daß in der neu zu erbauenden Synagoge in Charlottenburg das Berliner Gebetbuch eingeführt werde.** Und so geschah es. Es wurde eine Synagoge erbaut, ein Harmonium hineingesetzt; und der Berliner Vorstand verherrlichte die Einweihung durch seine Gegenwart und durch eine Weihrede ihres Rabbiners Dr. Maybaum.

Doch der rasende See mußte ein Opfer haben und dieses Opfer wurde — ich! Wegen meiner Mitteilung an den Berliner Vorstand, wodurch ich viele Hunderte ahnungslose Gemeindemitglieder vor der zwangsweisen Inkorporation in die Charlottenburger Gemeinde gerettet habe, wurde ich von einem Vorstandsmitgliede als „Denunziant" gebrandmarkt und sofort meines Amtes enthoben. Der Berliner Vorstand rührte keine Hand zu meiner Ehrenrettung, trotz aller Bitten und Beschwerden. Was liegt auch an der Existenz eines simplen Kultusbeamten, auch wenn er mit Frau und fünf Kindern existenzlos wird! Nun der beabsichtigte Ruin meines Namens und Berufes ist nicht erzielt; aber hätte der Berliner Vorstand vor sieben Jahren meinen Angaben Glauben geschenkt oder sie — wie es seine Pflicht war — auch nur untersucht — die Berliner Gemeinde hätte die Kleinigkeit von 32,000 M. gespart und die Charlottenburger Gemeinde hätte keine Schuldenlast von 80,000 M., für die die Berliner Gemeinde in letzter Reihe doch eintreten muß.

Möge die Repräsentantenversammlung in Berlin bei Beratung der Petition auf Uebernahme des Religionsvereins in Charlottenburg auf den Etat der Berliner Hauptgemeinde, und zur Würdigung der zwischen den Zeilen hervorguckenden Drohung mit den Austritt aus der letzteren aus vorstehenden Mitteilungen die nötigen Konsequenzen ziehen!

Lion Wolff.

Der VII. Gemeindetag des D.-I. G.-B.

Zum siebenten Male seit seiner Entstehung hatte der Deutsch-Israelitische Gemeindebund die Vertreter deutscher Gemeinden zusammenberufen, und eine stattliche Anzahl von Erschienenen, die wohl an 100 Gemeinden repräsentierten, hatten am 20. und 21. d. M. dem Rufe Folge geleistet. Mancher der anwesenden Herren hatte freilich für mehrere Gemeinden Mandate übernommen, einzelne derselben waren Mandatare sogar für fünf Gemeinden. Im Verlaufe eines einzigen Tages eine Tagesordnung von 19 Punkten zu erledigen, darunter einige von ganz eminenter Wichtigkeit, ist zumal bei dieser Jahreszeit gewiß auch keine Kleinigkeit und noch weniger eine Annehmlichkeit, umsomehr, als die Temperatur auf die Redelust absolut keinen Einfluß auszuüben schien.

Eröffnet wurde die Versammlung von Herrn Prof. Philippson, der an die Versammlung herzliche Worte der Begrüßung richtete. Alsdann wurde das Bureau gebildet, bestehend aus den Herren Justizrat Josephthal-Nürnberg (Vorsitzender), Rechtsanwälte Benfey-Hannover und Emil Lehmann-Dresden (Stellvertreter), Rechtsanwalt Friedländer-Potsdam, Assessor Dr. Apt und Lehrer Emanuel Goldschmidt (Schriftführer). In ehrender Weise gedachte der Vorsitzende des bisherigen langjährigen Vorsitzenden, Herrn Geheimrat Dr. Kristeller, dem Alter und Kränklichkeit die Weiterführung seines Amtes nicht ermöglichten. In einem Telegramm an Herrn Dr. Kristeller gab die Versammlung ihren Gefühlen warmen Ausdruck. Geschäftsbericht, Kassenbericht und sonstige geschäftliche Dinge gelangten sehr schnell zur Erledigung.

Von großer Wichtigkeit war der Antrag, der darauf zur Diskussion gelangte. Er betrifft die Gründung von Provinzial- bezw. Bezirksverbänden jüdischer Gemeinden. Eine zur Vorberatung eingesetzte Kommission hat eine Anzahl von Leitsätzen aufgestellt, die natürlich keine verbindliche Kraft haben sollen, vielmehr nur eine Art von Musterstatut darbieten. Herr Prof. Philippson begründet die Vorschläge. Referent erblickt in derartiger Organisation eine Stärkung des Gemeindebundes und eine Kräftigung des jüdischen Gemeindelebens überhaupt. Nach kurzer Diskussion wurden die Leitsätze der Kommission gutgeheißen.

Die Frage des obligatorischen Religionsunterrichts an allen öffentlichen Lehranstalten, die jetzt alle Welt bewegt, hat auch den D.-I. G.-B. auf den Plan gerufen. Seit vier Jahren sind bereits die Erwägungen im Gange gewesen, und

heute wurde die Versammlung vor die Entscheidung gestellt. Aber auch außerhalb der Kommission ist man nicht müßig gewesen, vier Anträge beschäftigten sich gleichfalls mit diesem Gegenstand. Während die Thesen des Ausschusses mit einer gewissen Absichtlichkeit das Wort „obligatorisch“ vermieden, sind die Herren aus der Provinz weniger zimperlich zu Werke gegangen. Ein Antrag verlangt staatliche Aufsicht des jüdischen Religionsunterrichtes und will diesen durch die Rabbiner ausgeübt wissen, ein anderer will den Unterricht obligatorisch und die Kosten den Staatsbehörden übertragen. In seiner Begründung der Ausschußanträge betont Herr Syndikus Dr. Minden mit besonderem Nachdruck, daß man mit Absicht den Ausdruck „obligatorisch“ nicht angewendet habe, da durch dieses Schlagwort bereits eine große Aufregung hervorgerufen sei. Man gedenke diese Vorschläge dem Kultusminister zu überreichen und hoffe auf einen gedeihlichen Fortgang der Sache. In recht eindringlicher Art vertritt der Redner den Standpunkt der Kommission als gleich ersprießlich für die sittliche Entwicklung unserer Jugend wie für die Besserstellung der Lehrer.

Eine sehr ausgedehnte Erörterung folgte nun. Der Vereinfachung halber hatte man alle die verschiedenen Anträge zur gemeinsamen Beratung gestellt. Als erster Redner spricht ein Herr Katzenstein aus Bielefeld im Sinne des Referenten, Herr Lehrer Levy-Berlin in gleicher Weise. Justizrat Meyer-Berlin hält alsdann s e i n e Rede über diesen Gegenstand. Unsere Leser kennen sie. Sie enthält 1) die verbürgte Zusicherung, daß der Herr Kultusminister in keinem Falle für mehr als blos fakultativen Unterricht zu haben sei. Nur meinte der Herr dieses Mal, die Versammlung dürfe sich dadurch nicht beeinflussen lassen, denn auch im Ministerium könnten die Anschauungen wechseln; 2) die Behauptung, es sei Sache der Eltern, für die religiöse Unterweisung ihrer Kinder Sorge zu tragen; 3) eine Variation über das Lied „Freiheit, die ich meine“, d. h. das Lob der Freiheit, der das Judentum sich zu erfreuen hat, und der Ausdruck höchster Entrüstung über alle Zwangsmaßregeln; 4) die Versicherung eines Mitgliedes des Berliner Magistrats, daß ein solcher Zustand für das Judentum eine Bevorzugung ist, und endlich 5) der angeblich außerordentlich starke Zuspruch, den der fakultative Unterricht an den höheren Berliner Lehranstalten gefunden haben soll.

Oberlehrer Dr. Blaschke sucht an der Hand früherer Erlasse und Verfügungen zu beweisen, daß das hier Verlangte nur dasjenige fordere, was eigentlich schon jetzt zu Recht bestehe und von Staatswegen nur nicht zur Anwendung gelange. Es müsse erreicht werden, daß den jüdischen Schülern der jüdische Religionsunterricht gleichwertig erscheine mit allen anderen Disziplinen. Die Lehrer müßten von einer staatlichen Behörde auf ihre Qualifikation geprüft werden. Der vorliegende Antrag bringe niemandem Nachteil, aber großen Segen für die sittliche Vervollkommnung unserer Kinder.

Bezirksrabbiner Dr. Landau-Weilburg weist darauf hin, daß mindestens 800 kleine Gemeinden in Deutschland beständen, wo aus Mangel an jeglichen Mitteln der Jugend überhaupt kein Religionsunterricht zuteil werde. Redner plädierte für staatliche Beaufsichtigung bezw. Inspektion durch die Rabbiner.

Justizrat Makower stößt in dasselbe Horn wie sein Berufskollege Meyer. Er versuchte, die Wirkungen des obligatorischen Religionsunterrichts auf die Moral dadurch zu bestreiten, daß er hinwies auf die Antisemiten, die ja einen obligatorischen Religionsunterricht genossen. Einmal kam man sogar auf die Vermutung zu glauben, Herr Justizrat Makower rede als Anwalt des Vereins für ethische Kultur, die bekanntlich die Moral von der Religion lostrennt, und nicht als ein Mann, der lange Jahre an der Spitze des Repräsentanten-Kollegiums der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands gestanden hat.

Nach diesen Ausführungen wirkten wahrhaft herzerfrischend die Worte des Herrn Prof. Philippson, der die Veränderung der Verhältnisse gegen früher mit Recht hervorhob, die einen gewissen Zwang zur Notwendigkeit mache. Inmitten der Strömungen des modernen Lebens, die die Gefahr der Religions- und Sittenlosigkeit mit sich führe, kämen die vorliegenden Anträge einem tiefgefühlten Bedürfnisse entgegen. Der jüdische Schüler erfahre von nichtjüdischer Seite vielfach Anfechtungen, er höre das Judentum veraltet nennen, nur für Palästina, das Ghetto oder das Mittelalter allenfalls geeignet. (Die aus Westfalen erschienenen Gebetbuchfabrikanten rufen hierzu Bravo! und Sehr richtig!) Die Schüler müßten das Judentum kennen lernen, um gesichert zu sein gegen den Abfall von ihrem Glauben. Wenn die Unkenntnis noch länger andauere, liege die Gefahr vor, daß die gesamte jüdische Intelligenz dem Judentum abwendig gemacht werde.

In seiner bekannten, scharf ironischen Weise geht Herr M. A. Klausner mit dem Dioskurenpaar Meyer-Makower ins Gericht. Die vielgepriesene Freiheit dieser Herren habe einen eigentümlichen Beigeschmack, denn in dieser Freiheit könne man sich bewegen, ohne einer Religion anzugehören. An dem vorhin erwähnten Unterricht an einem hiesigen Gymnasium sei noch nicht die Hälfte der jüdischen Schüler beteiligt. Der Grundgedanke der Leitsätze sei zu billigen, thatsächlich sei der obligatorische Religionsunterricht darin enthalten, eine Behauptung, die von Mitgliedern des Ausschusses bestritten wird. Der Redner macht die Mitteilung, daß im Gegensatz zu der Meyerschen Behauptung, im Kultusministerium bereits die Anordnung obligatorischen Unterrichts an Volksschulen beschlossen und der städtischen Schulverwaltung Berlin Weisung gegeben sei, eine Persönlichkeit zu bezeichnen, die bei der Prüfung der jüdischen Lehramtskandidaten deren Befähigung zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts festzustellen hätte. Die staatliche Aufsicht sei alsdann selbstverständlich. Der Antrag des Herrn Dr. Landau sei im wesentlichen harmlos, in einem Nebenpunkte unannehmbar. Daß die Inspektion den geeignetsten Personen übertragen werde, verdiene allgemeine Zustimmung, und Sache der Rabbiner sei es, hierfür sich stets als die geeignetsten zu bewähren. Oft genug werde das der Fall sein, zuweilen freilich auch nicht. Das liege an der ungleichartigen Vorbildung der Rabbiner, die nicht immer eine regelmäßige sei. Wie in einem andern Kreise wohl ein Mann die Gabe besitze, durch Aussprechen der Formel „fiat piscis“ eine fastenwidrige Speise zum Fisch zu wandeln, so besitze ein jüdischer Vorsteher im Verein mit dem statutenmäßigen Anhang die Kraft, einem Manne die Worte „fiat

Rabbi“ mit dem Erfolge zuzurufen, daß er sich wirklich für einen Rabbiner hält und nach gemessener Zeit sich gedrängt fühlt, die Höflichkeit zurückzugeben und an die Adresse seines Gönners den Dank zu richten: „fiat Morenu“.

Diese Erinnerung war nicht nach dem Geschmack des Herrn Dr. Maybaum, der sich unter den Hörern befand, auch nicht nach dem Geschmack einzelner besonders eifriger Meyer-Anhänger unter dem Ausschuß. Sogar Herr Dr. Lachmann, der die Berliner Gemeinde glänzend vertrat, indem er sich der Abstimmung enthielt, war baß entrüstet. — Etwas muß man doch sein!

Der Antrag der Kommission wurde schließlich angenommen.

Nach einer längeren Mittagspause wurde ein Antrag des Herrn Dr. Rosenberg-Thorn auf jährliche Einberufung des Gemeindetages abgelehnt, ebenso die Eventualanträge der Einberufung von 2 zu 2 oder 3 zu 3 Jahren.

Die Punkte 14 und 17 der Tagesordnung betreffen di Ausbildung der Kantoren und Schächter. In der Motivierung führt Amtsgerichtsrat Levy-Beuthen diese Anträge zurück auf die namentlich in kleineren Orten sich geltend machende Unzuverlässigkeit der Schächter. Auf die in unserem Lande amtierenden Ausländer ist Herr Levy schlecht zu sprechen. Zur Abhilfe des thatsächlich vorhandenen Uebelstandes verlangt der Antragsteller praktische Kurse an einer eigens zu errichtenden Anstalt. Für den Fall der Annahme dieses Antrages verlangt Herr Simon(?)-Magdeburg einen sechsmonatlichen Kursus an einer tierärztlichen Hochschule, damit der Schächter auch diejenigen Krankheiten erkennen lerne, die bei der Bedika angeblich nicht zutage treten. In höchst elegischen Tönen beklagt Herr Dr. Holzmann-Berlin die in einer Anzahl mittleren und kleineren Gemeinden vorhandene Vereinigung von Kantorat, Lehramt und Schächteramt. Die Geringschätzung des Schächtens übertrage sich auch auf die übrigen Funktionen, und auch diese müßten infolgedessen in ihrem Werte sinken. Der Antrag Levy wolle diese Mesalliance gewissermaßen für alle Zeiten sanktionieren und sei ebenfalls abzulehnen.

Von verschiedenen Seiten werden die Anträge als nicht in den Kreis der Aufgaben das Gemeindebundes hineinfallend bezeichnet und dementsprechend wird eine motivierte Tagesordnung beantragt. Ein beredter Anwalt entstand den so hart angegriffenen Schächtern in der Person des Herrn Dr. Hirsch Hildesheimer. Namens eines großen Teiles der Funktionäre des jüdischen Kultus appelliert er an das Gerechtigkeitsgefühl des Gemeindetages. Für die meisten Gemeinden sei es unmöglich, die drei Aemter von einander zu trennen. Redner erinnert, daß unter den Inhabern des Schächtamts eine große Anzahl hochehrenhafter Männer, tüchtiger Beamter und mit Erfolg wirkender Lehrer sich befinde. Der Kern des Uebels, das Vorhandensein so vieler Ausländer, liege in den jämmerlichen Besoldungsverhältnissen. Herr Lehrer Levy-Berlin glaubt, wenn man Deutsche als Beamte haben wolle, müssen die Gemeindevorsteher das Wort „Meschubod“ erst aus ihrem Lexikon streichen. Der Schächter sei kein Beamter, noch weniger ein Kultusbeamter, das Schächten sei einfach ein Gewerbe wie alle anderen auch. Wolle man, daß Deutsche in nennenswerter Anzahl dem Dienst der Gemeinden sich widmen sollen, so sei gute Bezahlung und anständige Behandlung nötig. Nach weiterer unerheblicher Debatte werden die Anträge abgelehnt.

Die von Herrn Dr. Adler-Berlin eingeleitete Besprechung der Erziehung verwahrloster Kinder zeigte trübe Bilder: Eltern, die mit Hausieren und Betteln ihren Lebensunterhalt sich gewinnen, Kinder, die von frühster Jugend an ohne Erziehung, ohne Unterricht, mit den schlechtesten Beispielen vor Augen aufwachsen. Es wurde mancherlei in Anregung gebracht: Zwangserziehung, Errichtung von Asylen u. s. w. Die Besprechung endet mit der Annahme eines Antrages, der Erziehungsausschuß des Gemeindebundes solle geeignete Maßregeln in Erwägung ziehen und zur Ausführung bringen.

Zum Schluß werden sämtliche Mitglieder des Ausschusses per Akklamation wiedergewählt; für die durch Tod ausgeschiedenen soll eine Zuwahl seitens der Gewählten vorgenommen werden. Im Namen der Versammlung spricht Prof. Philippson dem Vorsitzenden für seine vortreffliche Leitung Dank und Anerkennung aus, Herr Justizrat Josephthal wiederum überträgt diesen Dank auf die Anwesenden und hofft von ihren Beschlüssen einen bleibenden Segen für das Judentum und seine Bekenner.

So weit unser Bericht. Eine kritische Würdigung aller dieser Verhandlungen bringen wir in nächster Nummer.

Die Freie israelitische Vereinigung.

Im Anschluß an die Beratungen des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes fand am Montag (22.) Abend die zweite Voll-Versammlung der Freien israelitischen Vereinigung im Logenhause zu Berlin (Wilhelmstraße 118) statt. Die Einleitung bildete eine „programmatische Erklärung“, die Herr Gustav Tuch (Hamburg) gab, daran schloß sich ein Vortrag des Herrn Dr. Bodenheimer (Köln) über „jüdische Kolonisation“ und ein zweiter Vortrag des Herrn Dr. J. Löwenberg (Hamburg) „zur Frage der Erziehung“. Das waren drei Vorträge, und recht ausführliche dazu; aber auch wer sie von Anfang bis zu Ende genau verfolgt hatte, war nicht imstande zu sagen, was eigentlich die Freie israelitische Vereinigung beabsichtige. Hier und da konnte man wohl etwas hören, was wie ein Plan aussah und an ein bestimmtes Ziel erinnerte; doch der Gesamteindruck war von einer argen Verschwommenheit, als trauten die Herren sich nicht recht, ihre eigenen Gedanken offen zu bekennen, und ganz deutlich war es, daß den — freiwilligen und unfreiwilligen — Unterzeichnern der Einladung recht sehr daran lag, nichts erkennbar werden zu lassen, als unverbindliche und darum bedeutungslose Redewendungen. Herr Dr. Bodenheimer hatte seinem wohldurchdachten Vortrage eine vorsichtige Resolution angefügt, die sich für die jüdische Kolonisation aussprach und diskutiert werden sollte. Es kam aber nicht zu einer Diskussion, angeblich wegen der vorgerückten Stunde. In Wirklichkeit war wohl der Gegenstand so manchem zu heiß und zu heikel, der nicht darauf verzichten will, bei allen und allen das Judentum betreffenden Fragen den Protektor zu spielen, auch wenn die Protektion in der Bestattung allein sich bethätigt. Herr Syndikus Minden (Berlin), als Reformgemeind-

ler, Gemeindebündler und Wahlführer der Berliner sogenannten Liberalen bekannt, unter den Einladenden zur zweiten Vollversammlung der Freien israelitischen Vereinigung „aus Versehen“ mit aufgeführt, beeilte sich, die Bodenheimersche Resolution als so harmlos und unverbindlich hinzustellen, daß eine Diskussion sich kaum lohne, daß man ihr ohne weiteres beipflichten könne. Wer der Resolution beitrete, brauche deswegen nicht die Auswanderung nach Palästina, nicht einmal die Zeichnung einer Aktie der von Herrn Dr. Bodenheimer in eventum empfohlenen Kredit- und Sparbank zur Förderung der jüdischen Kolonisation zu versprechen, und dürfe doch mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, als habe er etwas gethan. Diese Ausführungen verbrämte Herr Dr. Minden mit zahlreichen und dicken, übrigens wohlverdienten Komplimenten für die Herren Vortragenden, und Herr Tuch (Hamburg) ließ sich diese unter Lächeln sich vollziehende erwürgende Umarmung gefallen. Da die Nächstbeteiligten sich nicht wehrten, so war für niemanden sonst ein Anlaß vorhanden, Einspruch zu erheben, und die Versammlung ging auseinander, ohne jene Resolution besprochen zu haben, sogar ohne formale Zustimmung zu der Resolution. Herr Dr. Minden aber hatte sich wieder einmal als Protektor einer Sache bewährt, der er innerlich fremd ist.

Von einem römischen Cäsar wird erzählt, er habe auf seine in einem verschlossenen Saale vereinigten Gäste von der Decke aus Rosen herabregnen lassen. Mit Entzücken gewahrten die Gäste die kaiserliche Ueberraschung, die so anmutig ersonnen war. Doch das Entzücken minderte sich, als der Rosenregen nicht aufhören wollte, der Blumenschmuck zur Last wurde, und schließlich wandelte es sich zur Verzweiflung, die verstummen mußte, da die duftige Spende die Versammelten erstickte und begrub.

Man sieht, daß man kein Cäsar zu sein und nicht einmal anmutig scheinenden Witz zu haben braucht, um es jenem Cäsar gleichzuthun. — Glücklicherweise ist hier die Wirkung keine tötliche, nur eine einschläfernde. Die Freie israelitische Vereinigung wird erwachen und zukünftig in der Wahl ihrer Protektoren vorsichtiger sein.

Wochen-Chronik.

Berlin, den 24. Juni.

— **Les extremes** . . . . Wie der Nekrolog, den wir auf den verstorbenen Historiker Treitschke gebracht, so erregt ein Nachruf, den das antisemitische „Daheim“ dem Entschlafenen widmet, den Aerger der gegnerischen Presse. Der Herausgeber des genannten Familienblattes, Theod. Herm. Pantenius, schreibt: „ . . . Es war dieser durch und durch subjektiven Natur nicht gegeben, objektiv zu urteilen. Damit ist aber meines Erachtens auch der Beweis erbracht, daß Treitschke zum Geschichtsschreiber nicht berufen war.“ . . . „Wenn Treitschke es als seine Aufgabe bezeichnet, durch seine Arbeit „die Freude am Vaterlande“ zu erwecken, und meint, diese Forderung seinerseits erfüllt zu haben, so ist das nur ein Beweis für die wunderbare Naivität, die diesen ganz subjektiven Menschen erfüllte.“ — Mehr ist auch hier nicht gesagt worden, und so haben sich denn wieder einmal die Extreme berührt.

— **Geldheiraten** sollen nach antisemitischer Anschauung eine „jüdische“ Erfindung sein. Und oft genug machen sich die judenfeindlichen Blätter darüber lustig, wenn ein „Schadchen“ sein Gewerbe empfiehlt. Und doch redet die Deutsche Kulturgeschichte eine deutliche Sprache. Georg Steinhausen, einer der tüchtigsten Kulturhistoriker der Gegenwart, schreibt („Voss. Ztg.“ Sonntags-Beilage Nr. 14 vom 5. April 1896) über die Deutschen Ehen des 16. Jahrhunderts im Anschluß an einen Briefwechsel eines wohlhabenden Nürnberger Kaufmanns, Balthasar Paumgartners, mit seiner Braut und späteren Gattin Magdalena, geb. Behaim: . . . man weiß, wie damals die Heiraten meist zustande kamen, wie sehr die Heirat Geschäftssache war und auf Uebereinkommen der Familien beruhte. Ich kann einige Beispiele aus unserer Korrespondenz anführen. So schreibt Magdalena später einmal ihrem Gatten von der Verlobung seiner Schwester mit dem Sohn des Konrad Bair. „Vor Deinem Verreisen ist die Heirat fast zu Ende gebracht gewesen durch J. Paumgartner und Deinen Vater.“ Gelegentlich fragte der junge Bair seine Auserwählte, ob sie auch mit den Verhandlungen einverstanden wäre: „sie ist erschrocken, hat von nichts gewußt.“ Ein anderes Mal berichtet Magdalena von der Verheiratung des „welschen Doktors“ in Nürnberg mit der Schwester des Doktors Steinhauser in Amberg. Diese muß ihren Bräutigam vorher nie gesehen haben, denn sie beklagt sich nach der Verlobung sehr, „hat gesagt, man hab ihr'n auf 42 Jahr alt angegeben, so sei er 70 Jahr!“ „Nun muß sie ihn behalten!“ fügt Magdalena schalkhaft hinzu.“

— **Vizebürgermeister Lueger** scheint von Kaiser Franz Josef s. Z. doch nicht so freundlich empfangen worden sein, wie er es dargestellt, besonders nicht wie der Gegenkönig von Wien, wie seine fanatischen Anhänger behauptet haben. Ein Pester Blatt will nämlich aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die über diese Audienz gebrachten bisherigen Meldungen durchaus den Thatsachen widersprächen. „Der Kaiser“, so wird dem Blatte gemeldet, „richtete an Lueger so scharfe Worte, wie er sie während seiner nahezu fünfzigjährigen Regierung noch niemals einem Politiker gegenüber gebraucht hat. Lueger verließ nach der Versicherung von Augenzeugen völlig gebrochen die Kaiserburg.“

— **Jules Simon.** Von diesem jüngst in Paris verstorbenen berühmten Politiker und Gelehrten wird behauptet, er sei jüdischer Abstammung. Dies ist zwar nicht authentisch bewiesen, doch haben solche Gerüchte oft einen Kern von Wahrheit in sich. Sowohl Beaconsfield als Guizot behaupteten, Simon sei ein Jude gewesen, möglicherweise weil sie erfahren hatten, daß er ursprünglich Schweitzer hieß. Wir wären gewiß stolz darauf, ihn zu unseren Stammesgenossen zu zählen, doch ist uns die Möglichkeit seiner jüdischen Abstammung von weit geringere Bedeutung als die Thatsache, daß er einer jener wunderbaren Charaktere war, denen alle Menschen Brüder sind. Er war ein Freund der Juden, was er mehr als einmal bewies. Crémieux war sein Kollege und Adolphe Franck war sein lebenslänglicher Freund und Mit-

arbeiter an der Universität. In ihnen fand er eine praktische Rechtfertigung seiner philosemitischen Grundsätze.

— **„Gräßliche Kunde“.** Die New-Yorker Staatszeitung schreibt: Das Schrecklichste ist geschehen! Ahlwardt, der Rektor aller Deutschen, versetzt, was Versetzbares er hat — bei jüdischen Pfandleihern! So erklärte gestern Abend der Antisemit Jakob Heffel in einer Versammlung in der Union-Sängerhalle in Pickleville. Die Versammlung war einberufen, um den politisch schon toten Judenfresser noch „töter“ zu machen. Es hatten sich etwa 400 Personen, darunter manche Anhänger des Ex-Rektors, eingefunden. Es gab natürlich Radau und manche arische Faust ballte sich und auch manche in deren Adern das Blut der Kinder Israels floß. Da aber sieben Polizisten mit unheimlich aussehenden Knüppeln anwesend waren, wurde kein Blut vergossen. F. Schwertfeger eröffnete die Versammlung und erteilte sofort dem „Redner des Abends“, Jakob Heffel, das Wort. Dieser nannte Ahlwardt einen Parasiten, „schlimmer als die gesamte jüdische Schmarotzerbande“. Nur einmal habe der Ex-Rektor ehrliche Arbeit geleistet: als er unter staatlicher Aufsicht in Plötzensee Zündhölzer gemacht habe. Den schwersten Schlag aber führte der Redner erst gegen Schluß seiner Rede. „Meine Herren!“ rief er, und als er sah, daß diese Anrede den Anwesenden wohlthat, rief er nochmals: „Meine Herren!“ Hier ließ er einige Sekunden Pause eintreten. Dann brach's los: „Was denken Sie? Dieser Ahlwardt, dieser angebliche Antisemit, dieses parasitische Geschwür am Körper des Antisemitismus, dieser Bazillus in den Eingeweiden der guten Sache — er geht hin und versetzt seine Sachen bei jüdischen Pfandonkels!“ Die Anwesenden standen starr vor Entsetzen. Selbst die Ahlwardtianer hatten ob dieser ungeheuerlichen Beschuldigung temporär die Sprache verloren, und das wollte gewiß viel heißen. Dann redete die fanatische Sozialistin Emma Goldmann. Sie meinte, Ahlwardt sei lange nicht so schlimm, wie man ihn male. Er pumpe Juden wie Christen gleichmäßig an und halte dadurch das national-ökonomische Gleichgewicht aufrecht. Im übrigen wolle sie ihm den Rat geben, sich in einem Dime-Museum ausstellen zu lassen. — Als später Radau entstand, erklärte der überwachende Polizist die Versammlung für aufgelöst und ließ das Versammlungslokal säubern. Der Säuberungsprozeß war nach den Vorgängen des Abends sehr nötig.

— **Eine jüdische Portia** ist Miß Rosalia Loew in Newyork, die jüngst in einem amerikanischen Gerichte plaidierte und ihren Prozeß gewann. Miß Loew kommt von einem guten Stamme. Ihr Großvater war der berühmte ungarische Rabbiner Leopold Loew, dessen Gelehrsamkeit einst auf dem europäischen Festlande Aufsehen erregte. Loew war ein Pionier in dem Feldzuge zugunsten der besseren Erziehung jüdischer Frauen, und nun hat seine Enkelin als Rechtsgelehrte Ruhm und Ansehen erlangt. Miß Loew ist erst 22 Jahre alt und hat ohne Zweifel noch eine glänzende Laufbahn vor sich. Sie ist Dozentin an Rutgers Kollege für Frauen, und gewann 1892 einen Preis für ihre Studie: „Bringt die Mac Kinley Bill dem Lande Nutzen?“ Miß Loew ist mit ihrem Bruder zusammen etabliert, die Firma lautet Loew und Loew. Sie ist übrigens nicht die einzige jüdische Rechtsgelehrte in den Vereinigten Staaten. Die Schwester des Herrn Meier S. Isaacs, des bekannten Juristen in Newyork, ist eine hervorragende und geschätzte Gehilfin ihres Bruders, aber Miß Isaacs ist noch niemals vor Gericht erschienen.

— **Beachtung des Sabbats in Amerika.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Inbezug auf die Mitteilung in Nummer 25 der „A. I. W.“, daß die Juden im Staate Massachusetts dahin zu wirken suchen, daß es denen, welche am Sonnabend die Geschäfte geschlossen haben, gestattet sei, dieselben am Sonntag zu öffnen, — möchte ich darauf hinweisen, daß eine derartige Berechtigung bereits gegen Ende der sechsziger und Anfang der siebziger Jahre bestand, während welcher Zeit ich in Boston lebte. Aus erwähnter Notiz muß ich schließen, daß dieses Privilegium in späteren Jahren wieder beseitigt wurde, vermutlich, weil nicht viele hiervon Gebrauch machten. Uebrigens wohnten, außer in Boston, nur relativ wenige Juden im Staate Massachusetts. Nur solche Geschäfte durften jedoch am Sonntag geöffnet werden, die weder Geräusch noch Störung verursachten; meines Wissens war es auf Kolonialwaren und Zigarrengeschäfte beschränkt. In meiner Nachbarschaft machte sogar ein Deutscher christlichen Glaubens von dieser Ausnahme-Bestimmung Gebrauch. Denn das Geschäft ging am Sonntag besser, als am Sonnabend, wo es am Tage überhaupt nicht sehr lebhaft zugeht; das Hauptgeschäft konzentrierte sich auf die Abendstunden bis 12 Uhr, und um diese Zeit stand auch denen, welche von der Sonntags-Berechtigung Gebrauch machten, frei, ihre Geschäfte zu öffnen. Daß in solch einem Lande der Boden für den Antisemitismus nicht geeignet, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Und der Yankee ist durch und durch christlich gesinnt.

Marcus P. Fuchs.

— **Die Juden in New York.** Nach Mitteilungen, die freilich aus einer trüben Quelle, nämlich antisemitischen Zeitungen stammen, aber doch auf guter Grundlage beruhen dürften, zählt New York nicht weniger als 350,000 Juden. Diese spielen begreiflicherweise im ganzen Handel eine bedeutende Rolle, so sollen sie das Schnittwarengeschäft mit 514 Firmen und einem Kapital von 58 Millionen Dollars fast monopolisiert haben, ebenso das Kleidergeschäft, von dem 264 Firmen mit 24 Millionen Kapital unseren Glaubensgenossen gehören. Im Hutgeschäft sind 169 jüdische Geschäfte, in dem Viertel von Broadway und Canal-Street gehören ihnen die meisten Gebäude und man schätzt den gesamten Grundbesitz in New-York, der sich in den Händen von Israeliten befindet, auf mindestens 150, vielleicht sogar 200 Millionen Dollars. Leider ist diese große Zahl von Juden und ihr Einfluß sehr gespalten und fehlt jede einigende Organisation, es giebt nicht weniger als 146 Gemeinden, die häufig genug sich untereinander Konkurrenz machen. 30 dieser Gemeinden besitzen eigene Synagogengebäude, von denen manche überaus elegant errichtet und ausgestattet sind, denn in vielen der Kongregationen, wie sie dort heißen, sind die Mitglieder nicht nur reich, sondern auch opferwillig in einem Maße, wie man es in Europa für derartige Zwecke auch bei Juden nicht findet.

Feuilleton.

Erinnerungen.

Von M. Spiewkowsky, Samotschin.
(Schluß.)

Der Lehrer.

Am 1. Januar 1844 übernahm ich die Lehrerstelle in Fraustadt, mit der ein jährliches Gehalt von 150 Thaler verbunden war, eine hohe Summe im Verhältnis zu andern Beamten, da auch Rabbiner Löwenstamm (er starb in Posen) nur 250 Thaler jährlich hatte. Es ging mir dort insofern ganz gut, als ich von einem Herrn Biber Wohnung inkl. Betten und Kaffe für die Beaufsichtigung der Schularbeiten seiner 3 Knaben erhielt.

Nach meiner am 18. Juni 1846 stattgefundenen Hochzeit meldete ich mich, um in der Nähe meiner Schwiegereltern zu bleiben, zur hiesigen ersten Lehrerstelle, die 510 Mk. jährlich brachte. Meine Meldung wurde insofern berücksichtigt, als ich schleunigst zur Abhaltung einer Probelektion vorgeladen wurde. Nachdem der Schulinspektor, der Bürgermeister, der Schulvorstand und noch mehrere Mitglieder ihre Zufriedenheit mit meiner Lehrgeschicklichkeit ausgesprochen, bekam ich noch keinen Bescheid, vielmehr wurde ich ersucht, meine Reise bis zum nächsten Tage aufzuschieben und abends den Schulvorsteher Herrn Julius Seligsohn, der zugleich erster Korporations-Vorsteher war, zu besuchen. Hier traf ich etwa acht oder neun Herren, mit denen ich in kurzer Zeit in eine talmudische Disputation verwickelt war. Wie ich mich später überzeugte, waren es die hiesigen „Lamdonim" (Gelehrten), die sich wahrscheinlich überzeugen wollten, ob ich auch die genügenden Kenntnisse im Hebräischen besitze. Alles für 510 Mk. jährlich. Nicht wenig überrascht hat es mich doch, hier einen Lamden zu finden, der auch in der hebräischen Grammatik bescheid wußte — es war dies Herr Samuel Seligson, Verfasser eines Buches „hà-awiw" (der Frühling).

In den ersten Jahren meines Hierseins kam noch der Rabbiner Benzion aus Margonin (gestorben in Berlin) zweimal im Jahre (vor Peßach und vor rosch haschanah (Neujahr) hierher, um in der Synagoge zu darschenen (predigen). Diese Derascha bestand aus zwei Teilen: „Magidis" (Moralpredigt) und „Charifis" (talmudische Disputationen). Mit „Magidis" begann der Rabbi seine Derasche, kam bald nachher auf das talmudische Gebiet und schloß ebenfalls mit — „Magidis." Während der Talmud-Erklärungen warfen einige Gelehrte der Gemeinde verschiedene Fragen auf, welche andere wieder zu beantworten und den Rabbi dadurch mit zu verteidigen suchten; es entstanden in der Synagoge solch heftige Disputationen, daß man glauben konnte, die Geister werden derart auf einanderplatzen, und man jeden Augenblik einen Knäuel Aufeinanderbalgender zu sehen bekommen werde. Das Gros der Gemeinde hat zwar nichts davon verstanden, hörte aber doch ruhig schmunzelnd zu.

Trotzdem auch ich mich ganz ernsthaft an der Debatte beteiligte, wurde ich dennoch von keiner Seite als ebenbürtig betrachtet; vielmehr galt ich als Neuerer, als Reformer, der darauf ausgeht, das Judentum zu untergraben, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Waren die Kinder gezwungen, in der Schule ohne Mütze zu sitzen,
2. Mußten die Schulkinder 8 Uhr morgens in der Klasse sein; hierdurch waren 13jährige Knaben verhindert — namentlich im Winter — die Synagoge zu besuchen,
3. Wurden Versäumnis-Strafgelder vom Stadtexekutor unnachsichtlich eingezogen, wodurch die Legende sich bildete, der „tatsche Lehrer" bekäme die Hälfte davon und deshalb diese Gseire (Verhängnis),
4. Bin ich beim Rabbinatskollegium (dazu gehörte der Rabbiner B. aus Margonin und zwei hiesige Gelehrte) der Freigeisterei angeklagt worden: ich soll nämlich in der Schule die Entstehung des Regens erklärt haben. Schrecklich! „Gott läßt regnen, und damit basta", sagte Rabbi B. aus M.

Vor meinem Antritt der hiesigen Stelle besuchten bereits — oder sollten besuchen — die jüdischen Kinder die evangelische Schule; dort saßen sie, wenn sie überhaupt hingingen, auf einer abgesonderten Bank und wurden als Parias behandelt. Die Juden betrachteten den Schulzwang als Strafe Gottes, und die Christen — den Lehrer nicht ausgeschlossen — die jüdischen Kinder als Parasiten. Als aber die Gemeinde sich vergrößerte und viele Kaufleute ausgebreiteten Handel mit Tulpen nach der Provinz Preußen, andere sogar großen Woll- und Getreidehandel mit Berlin anknüpften, da trachteten diese darnach, ihren Kindern einen zeitgemäßeren Unterricht zu verschaffen, als ihn das Cheder bot, zunächst durch Hauslehrer, dann aber im allgemeinen Interesse auch durch Gründung einer zweiklassigen Elementarschule.

An der Spitze dieser Bewegung stand der oben erwähnte, stets humane und allgemein beliebte Herr Julius Seligsohn. Daß der erste Lehrer durchaus ein ehemaliger Bachur sein sollte, war eine Konzession, die Herr S. dem Gros der Gemeinde machte, um sie für das Projekt, eine jüdische Schule zu gründen, da diesem ohnehin von seiten der Bromberger Regierung viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, zu gewinnen. Wie herrlich weit es die jüdischen Kinder in der evangelischen Schule gebracht hatten, beweist der Umstand, daß von den damals vorhandenen 105 schulpflichtigen Kindern nur 17 schlecht lesen konnten. Und diese 17 bildeten meine — erste Klasse.

Nach drei Jahren schon (1850) änderte sich das gespannte Verhältnis zwischen Eltern und Lehrern. Hierzu trugen ganz besonders die öffentlichen Prüfungen im Deutschen und Hebräischen bei, nicht minder aber auch die öffentlichen Belobigungen, die ich mehrmals von der Königl. Regierung bekommen, ganz besonders aber die Belobigung, welche der Schulvorstand 1852 erhalten, in der die Regierung die Hoffnung ausspricht, der Schulvorstand werde bestrebt sein, mich durch Zulagen an ihre Schule zu fesseln. Es wurde mir auch infolgedessen eine Gratifikation von 25 Thalern und eine Gehaltszulage von 30 Thalern gewährt.

Von der Zeit ab lebte ich mit meiner Gemeinde im besten Frieden: ich kehrte weniger den von der Gemeinde unabhängigen, definitiv angestellten Lehrer als vielmehr den

jüdischen Bal-booss (Hausherr oder Familienvater) heraus und übernahm sogar mehrere Ehrenämter. Ich wurde Thoravorleser, Schoferblaser, Mohel, Néila-Vorbeter, Maskir neschomoth (Totenfeier), Vorstandsmitglied des Krankenverpflegungs- und Frauenvereins, deren Mitbegründer ich bin &c. Dafür aber zeigte sich meine Gemeinde, die zugleich meine ehemaligen Schüler waren, bei allen meinen Familien- und amtlichen Festlichkeiten sehr dankbar. So erhielt ich bei der Feier meines 25jährigen Amtsjubiläums 2000 Mk., acht Tage nach dem Tode meines 24jährigen Sohnes Felix einen anonymen Trostbrief, in welchem 1000 Mk. lagen, bei meiner 70jährigen Geburtstagsfeier 1850 Mk. außer vielen Gold- und Silbergeschenken von einzelnen Schülern.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß von allen vor 49 Jahren hier angetroffenen Familienvätern nur noch einer am Leben ist.

Im Jahre 1887 mußte ich mich einer gefährlichen Krankheit und fortwährender Halsschmerzen wegen pensionieren lassen. Da aber damals noch die größte Dienstalterszulage nur 180 Mk. betrug, erhalte ich aus der Staatskasse 1088 Mk. und aus der jüdischen Schulkasse 113 Mk. jährlich. Zu letzterem hat sich damals freiwillig der Schulvorstand protokollarisch verpflichtet. Wie lange ich noch die Pension beziehen werde, weiß nur Gott.

Aschmadai.*)

(Aus dem jüdischen Legendenschatz.)

Von Joachim Rosenauer.

Nachdem Salomo der Weise zur Regierung über Israel gelangt war, ließ er eines Tages alle Gelehrten und Weisen seines Volkes an seinem Hofe sich versammeln. Als sie nun sämtlich sich eingefunden hatten, redete der König sie folgendermaßen an: „Ihr Gelehrten und Weisen meines Volkes! Ihr wißt, daß es nun an der Zeit sei, eine alte Schuld zu tilgen, so mir noch von meinem Vater David, dem ruhmgekrönten Helden, überkam. — Es ist der Bau eines Hauses zur Verherrlichung des Namens Jehovah, der zwar schon früher ausgeführt werden sollte, aber nur durch das göttliche Wort, das der Prophet Nathan meinem Vater verkündet: „Nicht du sollst bauen ein Haus zur Verherrlichung meines Namens, sondern dein Sohn, der aus deinen Hüften hervorgehen wird!" gehindert wurde. Also liegt mir die Pflicht ob, einen Tempel zu bauen, und ich will einen Tempel bauen, würdig seiner hohen Bestimmung und des allmächtigen Gottes, dem er geweiht ist. Die Zeitverhältnisse sind günstig, der Friede herrscht rings umher, an Mitteln und Stoff fehlt es uns nicht, denn Chiram, König von Zur, hat bereits die Weisung erhalten, Zedern auf dem Libanon fällen zu lassen, und Kiesel und Marmorstein ist ebenfalls im Ueberfluß vorhanden. — Doch nun, ihr Gelehrten Jerusalems! nun gilt es, den Scharfsinn eures Geistes und die Stärke eures Verstandes zu zeigen; ich fordere euch auf, mir ein Mittel anzugeben, wodurch ich beim Behauen der Steine des Eisens entbehren könnte, auf daß nicht durch ein Werkzeug des Todes und der Vernichtung das Werk des Friedens und der Eintracht entweiht würde!"

Salomo sprach's, und die Gelehrten sahen eine Weile einander verlegen an; endlich aber sprachen sie: „O König und weiser Gebieter! Vernimm: Unser Lehrer Mose, gesegneten Andenkens, befand sich in einer ähnlichen Verlegenheit, da er die zwölf Steine des Obermantels beschneiden wollte. Aber Gottes Geist erleuchtete ihn, und er fand bald den wunderthätigen Wurm Schamir, dem die seltene Kraft innewohnt, alles Harte durch bloße Berührung zu zerteilen. Diesen nun, o weiser König Israels, diesen trachte dir zu verschaffen und du wirst nicht genötigt sein durch ein Werkzeug des Todes und der Vernichtung das Werk des Friedens und der Eintracht zu entweihen."

Salomos, des Königs, Antlitz heiterte sich bei diesen Worten merklich auf, und den Blick andächtig emporrichtend, sprach er: „Fürwahr, o Gott und Herr Israels, deinem auserwählten Volke hast du Erkenntnis und Einsicht verliehen! Ihr Freunde, fürwahr, ihr habt mich aufgerichtet und meinem Gemüte Heiterkeit wiedergegeben; nun sagt aber an, wo er zu finden sei, jener wunderthätige Wurm Schamir, auf daß ich ihn hole und mir zu Nutze mache."

„Das, hoher Herrscher!" erwiderten die Weisen, „liegt nicht im Bereiche unseres Wissens; auch zweifeln wir, ob es gar je zur Kundschaft irgend eines Sterblichen gelangte; denn man sagt, daß der Schamir nur in öden Wüsteneien, die nie eines Menschen Fuß betreten, hause. Also sind nur überirdische Wesen imstande, deinen diesmaligen Wunsch zu befriedigen. Wohlan denn, mächtiger Herrscher, laß bringen einen Sched und eine Schedin, Wesen, die bereits besser das Dunkel des Wissens durchspähten denn wir, vielleicht daß diese dir den Aufenthalt des Schamir näher bezeichnen können."

Salomo schickte, nachdem er dieses vernommen, nach Sichin, allwo der Aufenthalt der Schedim war, und ließ vor sich kommen einen Sched und eine Schedin, die er also anredete: „Man rühmt von euch, ihr habt Einsicht in höheres Wissen und Können; nun so zeiget mir denn an, wo der Schamir zu finden sei, der wunderthätige Wurm!" Und die Schedim erwiderten: „Weiser König! Wohl bekannt ist uns der Schamir und seine staunenswerte Kraft, aber um seinen Aufenthalt dir näher zu bezeichnen, dazu bedarf es eines noch weniger von Dunkel umflorten geistigen Blickes, wie er nur eigen ist unserem König und hohen Meister Aschmadai. Dieser wäre wohl imstande deine Neugierde zu befriedigen und dich bald des Rechten zu belehren!"

„Ich frage euch nun aber," entgegnete Salomo, „wo denn euer König und Meister hause, dem so vieles Wissen verliehen?"

„Auf einem hohen Berge," lautete die Antwort, „weit, gar weit von Jerusalem, deiner Residenz, in einer lieblichen und schönen Gegend. Auf dem Abhange jenes Berges hat er sich einen Brunnen gegraben, und mit klarem reinen Quellwasser gefüllt. Durch eine hölzerne, runde Scheibe, mit seinem

*) Aus dem 8. Bändchen der „Jüd. Universalbibliothek" (Verlag von Jacob Brandeis, Prag). Preis pro Bändchen 20 Pfg. Eine ausführliche Besprechung des litter. Unternehmens behalten wir uns noch vor. Red.

Siegel versehen, bewahrt er das Wasser vor dem Zutritte der gluterfüllten Sonne, auf daß diese nicht die erfrischende Kühle schnell aussauge und den klaren Trank stinkend und faul mache. Jeglichen Tag entschwebt er seinem irdischen Wohnsitze zu Jehovahs Throne. Nachdem er hier den Preisgesang der Engel vernommen und sein Ohr gelabt an den himmlischen Klängen, durchspäht er raschen Flügelschlages, den weiten Himmelsraum und läßt seinen Blick bewundernd auf dem Kreislauf der Sphären ruhen. Gen Abend endlich wenn des Himmels Feuerauge bereits in die Meeresfluten getaucht, kehrt er wieder zur Erde nieder. Hier nun betrachtet er aufmerksam das Siegel seines Brunnens, ob es noch unversehrt sei, und findet er das, so hebt er die Scheibe hinweg und labt seine lechzende Zunge mit dem kühlenden Tranke. Mehr, hoher König, ist uns nicht gestattet, dir von unserm König und Meister zu verkünden; du verlangtest blos die Bezeichnung seines Aufenthaltes und zuviel schon haben wir dir mitgeteilt." (Fortsetzung folgt.)

Hier und dort.

* **Berlin**, 22. Juni. Frau Jenny Bleicherode hat in der hiesigen Gewerbe-Ausstellung speziell jüdische in ihrem Atelier angefertigte Synagogenstickereien ausgestellt. Zunächst sieht man einen kostbaren, künstlerisch ausgeführten Tempelvorhang (Porauches), der für die neue Synagoge in Myslowitz bestimmt und von Herrn Siegmund Rothmann daselbst bestellt ist. In der Mitte desselben befindet sich außer einer entsprechenden Widmung, eine reiche, von einer umrahmten Krone überragte Löwengruppe von echter Goldstickerei; außerdem ist das Ganze von einer sehr effektvoll wirkenden Bordüre eingefaßt. Ein weiteres Kunstwerk ist das „Gebet für den Landesherrn" in deutscher Sprache. In einiger Entfernung gesehen, glaubt man einem gedruckten Bilde gegenüber zu stehen, bis man durch ein Plakat darauf aufmerksam gemacht wird, daß das über 1100 Buchstaben enthaltende, in altgothischer Schrift gestickte Gebet Handarbeit ist. Erwähnenswert sind noch außer einigen anderen Stickereien mehrere Thora-Mäntelchen in den verschiedensten Stilarten, sowie, seiner ganz eigenartigen Schrift wegen, ein jüdischer Haussegen. Für jeden Kunstliebhaber lohnt es sich, diese in ihrer Art einzige Ausstellung, die auch mit Recht allgemeine Bewunderung erregt, zu besichtigen.

♪ **Berlin**, 23. Juni. Die antisemitische „Deutsche Zeitung" bringt in ihrer Sonntagsnummer folgende Notiz: „Einem unserer Leser in Elsaß wurde ein steinerweichender Bettelbrief von einem angeblichen 101 jährigen erblindeten Greise mit Namen Chaim Reinstein aus Kudrynce in Ostgalizien zugesandt und um Unterstützung angegangen. (Für dieses Deutsch lehnen wir die Verantwortung ab. Red. d. A. J. W.) Da der Empfänger in gar keiner Beziehung zu „Kudrynce" steht, liegt es auf der Hand, daß man es mit einem schwindelhaften Unternehmen zu thun hat und daß der Brief massenhaft verbreitet wurde, und offenbar noch mehrere unserer Leser die briefliche Bekanntschaft der Herrn Chaim Reinstein gemacht haben. Wir sehen uns umsomehr veranlaßt, hier eine Warnung auszusprechen, als die Angaben des Briefes über das angebliche Unglück von der „Israelitischen Kultusverwaltung in Kudrynce in Ostgalizien" beglaubigt sind." — Giebt es gar kein Mittel gegen diese Landplage der galizischen Bettelbriefe, die ein großes Aergernis sind?

⚒ **Danzig**, 22. Juni. Es ist in diesem Bl. schon mitgeteilt worden, daß sich nunmehr auch in unsrer Provinz ein Verein jüd. Lehrer gebildet hat. Am 25. v. Mts., fand hier im Sitzungssaale unsrer Gemeinde die konstituierende Versammlung statt. Dieselbe wurde in Vertretung des Vorstandes von dem ersten Lehrer und Sekretär der Gemeinde Herrn Loewald begrüßt und später im Zentral-Hotel aufs freundlichste bewirtet. Aus den angenommenen Satzungen geht hervor, daß der Verein jeden Beamten, der von einer Gemeinde mit der Erteilung von Religionsunterricht betraut, als ordentliches Mitglied aufnehme. Der zeitige Vorstand besteht aus den Herren Jaffe-Dt.-Krone (Vors.) Braun-Dt.-Krone (Schriftführer) und Geisenberg-Marienwerder (Kassierer).

y. **Wongrowitz**, im Juni. Wie Sie schon berichtet, beging am 1. d. M. Herr Lehrer Spiewkowski sein 25jähriges Amtsjubiläum. Ein ad hoc gebildetes Komitee verstand es, diesen Tag für den Jubilar zu einem Ehren- und Freudenfest zu gestalten. Die eigentliche Feier fand, wie es sich gebührt, an der Stätte des Wirkens unsres Jubilars, in der Schule statt. Nach einigen musikalischen und deklamatorischen Vorträgen seitens der Schuljugend nahm der Kreisschulinspektor das Wort, um den Jubilar und sein segensreiches Wirken zu feiern, die Liebe und Achtung die er sich erworben, hervorzuheben. In seiner Wohnung wurde alsdann dem Jubilar im Namen der jüdischen Gemeinde und seiner früheren Schüler von einem Komitee ein wertvoller silberner Armleuchter und von den vollzählig erschienenen hiesigen Volksschullehrern ein Bild in prachtvollem Rahmen, Herrn Sp. im Kreise seiner christlichen Kollegen vorstellend, überreicht. Nachmittags vereinigte ein Festessen alle Verehrer und Freunde des Jubilars, wobei viele Reden ernsten und heiteren Inhalts gehalten wurden. Es sprachen u. a. der Kreisschulinspektor, der Bürgermeister, der Rabbinatsverweser der Gemeinde, Herr Nischkowski und von den Nachbarkollegen Herr Salinger, Znin. Allen dankte der Jubilar in bewegten Worten; alle erfüllte der Wunsch, den Gefeierten noch lange Jahre seines hehren Amtes walten zu sehen.

w. **Samotschin**, 21. Juni. Am 18. Juni beging der emerit. Lehrer Herr Spiewkowski sein 50jähriges Ehejubiläum, wobei ihm außerordentliche Ovationen dargebracht wurden. Schon am frühen Morgen wurde das Fest mit einem musikalischen Ständchen eingeleitet, worauf die verschiedenen Deputationen und Gratulanten folgten: der Gemeindevorstand, der Männerkranken- und der Frauenverein, der Bürgermeister mit den Stadtverordneten und der Lehrerverein von Samotschin und Umgegend; letzterer, der fast vollzählig erschienen war, feierte das Jubelpaar in Lied und Wort. Sämtlich brachten sie kostbare Geschenke, welche übrigens auch von privater Seite zahlreich gesandt wurden. Den Glanzpunkt des Festes jedoch bildete die Trauung des Jubelpaares in der festlich geschmückten Synagoge, wo Rabb. Dr. Walter aus Bromberg die Festrede hielt. Weit über 100 Telegramme und Briefe liefen im Laufe des Tages ein; daß die Ehejubiläumsmedaille

nicht ausgeblieben ist, ist wohl selbstverständlich. Das Fest wird allen Beteiligten und Teilnehmern noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

⚒ **Nordhausen**, 21. Juni. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. die Rechnung über die Kosten der letzten hiesigen Sedanfeier entlastet. Dabei wurde durch den Referenten angeführt, daß man auch die in Kirchen u. s. w. der verschiedenen Bekenntnisse befindlichen Gedächtnistafeln an gefallene Krieger durch Kränze geschmückt habe. Die meisten Kosten in dieser Hinsicht habe die Synagoge verursacht, da dieselbe nicht weniger als zehn Tafeln von Angehörigen der hiesigen jüdischen Gemeinde aufweise, die in den Kriegen von einschließlich 1806 ab den Tod auf dem Schlachtfelde gestorben seien. Die hiesige jüdische Gemeinde stammt aus dem Jahre 1803 und zählt zur Zeit etwa 450 Seelen.

Gleiwitz, 22. Juni. Der Leiter der hiesigen jüdischen höheren Töchterschule, Dr. Mattersdorf ist am 8. d. M. in einer Klinik in Breslau an einer inneren Verblutung 3 Tage vor einer beabsichtigten Operation gestorben. Der Verstorbene, der fast das 66. Lebensjahr erreicht hat, wurde am 23. September 1870 von der hiesigen Synagogen-Gemeinde hierher berufen, als Dirigent für die hier mit dem Charakter einer öffentlichen Lehranstalt ausgestatteten jüdischen Gemeindeschule. Der Verstorbene hatte in Myslowitz schon über 10 Jahre einer derartigen Anstalt vorgestanden und trat seine hiesige Thätigkeit am 1. Oktober 1870 an. Nach der Auflösung der Schule, die ja infolge der Gründung der Simultanschulen nötig wurde, war er Leiter der jüdischen höheren Töchterschule. Außerdem wirkte er als Religionslehrer an der hiesigen Oberreal-Schule. Auch als Präsident der Humanitas-Loge war der Verstorbene erfolgreich thätig.

Köln, 22. Juni. Nach dem Jahresberichte des „Israelitischen Asyls für Kranke und Altersschwache zu Köln“ für das Jahr 1895 wurden in der Anstalt 346 Kranke und 41 Sieche und Altersschwache verpflegt, gegenüber 302 bezw. 43 im Vorjahre. Von den Kranken, welche im Asyle Aufnahme fanden, gehörten 208 der christlichen und 138 der israelitischen Konfession an. In der mit der Anstalt verbundenen Poliklinik wurden im verflossenen Jahre 7555 Kranke, ohne Unterschied der Konfession, aus Stadt und Umgegend behandelt. Die Zahl der Verpflegungstage stieg im Jahre 1895 von 19,556 im Vorjahre auf 20,253. Der Rechnungsabschluß für 1895 zeigt einen kleinen Ueberschuß von 47 Mk., indessen figuriert in der Bilanz aus den Jahren 1890 bis 1895 herrührend, ein Defizit von 50,701 Mk. Es ist also für edle Menschenfreunde aller Anlaß vorhanden, die segensreich wirkende Anstalt mit Zuwendungen und Stiftungen zu bedenken.

X. **Aus Hessen**, 22. Juni. Herr Provinzialrabbiner Dr. Levi-Gießen, mit seinen 93 Jahren wohl der älteste Rabbiner Deutschlands, ist kürzlich durch Ministerialreskript unter voller Beibehaltung seines festen Gehalts und unter Anerkennung seiner langjährigen, „sehr ersprießlichen“ Dienste — eine in derartigen Schriftstücken nicht allzuhäufig vorkommende Wendung — in den Ruhestand versetzt werden. — Inbezug auf eine Notiz in voriger Nummer mag noch bemerkt werden, daß auch Dr. Levi sich hat malen lassen, und zwar von keinem Geringeren als von Lenbach, der ihn bei einem Besuche in München bat, ihm zu sitzen. Das Bild, ein großes Kniestück in der harten Lenbachschen Technik, nimmt im Arbeitszimmer des alten Herrn den Ehrenplatz ein; auf einer Ausstellung hat es meines Wissens noch nicht paradiert. (Wie sollte er auch; der Herr ist ja nicht Prediger in Berlin! Red.)

s. **Marburg** (Hessen). 21. Juni. Hier tagte die Konferenz der israelitischen Lehrer des Rabbinatsbezirk Marburg. Dieselbe war von 20 Lehrern besucht. Herr Provinzialrabb. Dr. Munk eröffnete die Verhandlungen mit einer Begrüßung und einer Ansprache. Herr Oppenheim-Treysa hielt darauf einen längeren Vortrag über das Thema „Wie ist der Unterricht in der jüdischen Geschichte mit dem der Weltgeschichte und der Geographie in der israelitischen Volksschule zu verbinden.“ An diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die sich besonders über den Punkt erstreckte, ob der Unterricht in der jüdischen Geschichte ein selbständiger Unterrichtsgegenstand oder ein Apendix zur allgemeinen Weltgeschichte sein soll. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die jüdische Geschichte ist im Anschluß an den biblischen Geschichtsunterricht bis zum Abschluß des babylonischen Talmuds systematisch zu behandeln, die spätere jüdische Geschichte soll in Verbindung mit dem Religionsunterricht, der allgemeinen Geschichte bezw. Geographie gelehrt werden. Herr Oppenheim wurde ersucht, für die nächste, im Herbst anzuberaumende Konferenz einen Lehrplan nebst Pensenverteilung auszuarbeiten und der Konferenz vorzulegen. Wegen vorgerückter Zeit mußte der zweite Punkt der Tagesordnung ausfallen. Hierauf folgten noch die Berichte der einzelnen Lehrer über die sozialen Verhältnisse in ihren Gemeinden.

X **Stuttgart**, 18. Juni. Für die antisemitische Partei ist im Schwabenlande kein oder doch ein sehr schlechter Boden. Es ist auch durchaus kein Bedürfnis (wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann oder darf) dazu vorhanden, um so weniger, als dann und wann die „Deutsche Reichsp.“ und auch das klerikale „Deutsche Volksbl.“ einen schrillen antisemitischen Ton erklingen lassen. Seit einiger Zeit erscheint hier so ziemlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit die „Schwäb. Ref.“ als Organ des Häufleins der Antisemiten. Diese haben aber offenbar kein Glück. Als ein besonderes Mißgeschick ist folgendes zu verzeichnen. Vor längerer Zeit verzeichnete der hiesige „Beobachter“ einen Fall, in welchem einer der Führer der Partei eine unschöne Rolle spielte. Mit außerordentlichem Pathos wurde von den Antisemiten erklärt, daß gegen das volksparteiliche Blatt Klage erhoben sei, ebenso gegen die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“, die das Vorkommnis gleichfalls erwähnt hatte. Morgen sollte vor dem hiesigen Amtsgericht die Verhandlung stattfinden. Gestern aber wurde von dem Vertreter des Klägers den beiden Blättern die Anzeige gemacht, daß er die Klage wegen Beleidigung zurücknehme. Beide Blätter fügen dieser Mitteilung die Bemerkung bei, daß sie ihrerseits die Sache noch nicht für abgeschlossen halten. Man darf unter anderm nun auch darauf begierig sein, wie der Fall innerhalb der antisemitischen Partei selbst wirken werde. Bezeichnend ist jeden-

falls der Umstand, daß der heutige amtliche „Staatsanzeiger“ von der erfolgten Zurücknahme der Klage Notiz nimmt.

Wien, 21. Juni. Der antisemitische Stadtrat hat alle Juden aus der Liste der um die Zuständigkeit nach Wien Verlangenden gestrichen.

⊙ **Wien**, 19. Juni. Das Mai-Verordnungsblatt ist diesmal für die jüdischen Offiziere recht günstig ausgefallen, indem zahlreiche Glaubensgenossen teils in höhere Rangstufen befördert, teils mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht wurden. Es wurden u. a. ernannt: Der Oberstabsarzt Dr. Porias zum Sanitätschef des 7. Korps; zu Majoren die Hauptleute Salomon Strauß des 58. Infanterie-Regiments und Samuel Alt des 88. Infanterie-Regiments. Außerdem enthält die Liste eine große Anzahl jüdischer Offiziere, Militärärzte, Truppenrechnungsführer, Militärbeamte u. s. w.

Krakau, 19. Juni. Der hiesige klerikal-antisemitische Abgeordnete Chotkowski hatte gelegentlich einer Debatte im Reichsrate die Behauptung vorgebracht, daß ein jüdischer Religionslehrer in einer hiesigen Volksschule mehreremale den katholischen Katecheten vertreten, und zwar in der Weise, daß derselbe gleichzeitig die jüdischen und katholischen Kinder in biblischer Geschichte unterrichtet habe, wofür er vom Bezirksinspektor belobt worden sei. Diese Insinuation rief einen Sturm der Entrüstung hervor; die Gesinnungsgenossen des Herrn Chotkowski schlugen Lärm und versicherten, es bestehe ein jüdischer „Geheimbund“, der sich die Aufgabe gestellt habe, die christlichen Kinder zu „judaisieren“; jener Lehrer habe im Auftrage der Alliance Israélite gehandelt und was dergleichen Unsinn mehr ist. Darauf veröffentlichten sämtliche jüdischen Lehrer und Lehrerinnen Krakaus eine gemeinsame Erklärung, in welcher sie die Behauptung Chotkowskis mit aller Entschiedenheit in Abrede stellten. Der Stadtpräsident sah sich, als nächster Vorgesetzter des Schulinspektors, auf dessen Protest veranlaßt, an den Polenklub die Aufforderung zu richten, Chotkowski zum Widerruf zu bewegen. In der jüngsten Sitzung des hiesigen Gemeinderats, dem Ch. angehört, klammerte sich dieser an die Mitteilung des Landesschulrates, daß einige christliche Schulknaben einst, den katholischen Katecheten erwartend, freiwillig in die Abteilung gingen, wo jüdische Religion unterrichtet wurde, und suchte dies mit seiner Behauptung im Reichsrate in Verbindung zu bringen. Er verlangte deshalb den Widerruf der ihm vom Bürgermeister Friedlein gemachten Vorwürfe. Der Bürgermeister erwiderte entschieden, er werde nicht widerrufen, da der Landesschulrat ausdrücklich erklärt habe, der von Chotkowski im Reichsrat angeführte Fall habe nie stattgefunden. Chotkowski nannte dann die gegen ihn geführte Untersuchung einseitig, parteiisch und beantragte, der Gemeinderat möge die Erklärung des Landesschulrates zur Kenntnis nehmen und die ganze Angelegenheit als erledigt betrachten. Der Gemeinderat nahm mit geringfügiger Majorität den Antrag an.

Grodzicko (Galizien). Im Monate März d. J. wurde ein hier ansässiger 30 Jahre alter jüdischer Hausierer, namens Jakob Thei, von dem Bauern Wojtek Sack in Grodzickogorno ermordet. Der Bauer war dem Hausierer einen geringen Betrag schuldig, wurde verklagt und zur Zahlung verurteilt. Der Hausierer bewilligte dem Bauer die Tilgung der Schuld in Ratenzahlungen. Im März erschien der Hausierer, um seinen Restbetrag von 2 fl. einzufordern; der Bauer wünschte diesen Betrag geschenkt und als der Hausierer sich weigerte, ergriff der Bauer einen Holzwalk vom Wäschemangel und brachte dem Juden eine Verletzung bei, an der er nach einer Stunde starb. Er hinterläßt eine arme Witwe mit fünf unversorgten Kindern. Gegen den Mörder fand vorige Woche in Rzeszow vor dem Schwurgericht die Schlußverhandlung statt. Der Mörder wurde von den Geschwornen freigesprochen!

⚒ **Sofia**, 18. Juni. Der Sekretär des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, Herr Martin Fürth, ist ein Jude. Der Präsident der französischen Republik hat Herrn Fürth zum Ritter der Ehrenreligion ernannt.

⊙ **Rom**, 17. Juni. Pater Mortara, Kanon von St. Augustin, ist vom Papste zum Superior des St. Bernard-Hospitals ernannt worden. Der neue Superior der frommen Mönche von St. Bernard ist 43 Jahre alt und ist der „kleine Mortara“, jenes jüdische Kind, dessen gegen den Willen seiner Eltern erfolgte Taufe fast eine europäische Frage wurde. Mortaras Eltern machten alle erdenklichen Versuche, das Kind zurückzugewinnen, aber Papst Pius IX. entschied damals, daß das getaufte Kind im christlichen Glauben erzogen werden sollte.

a. **Rom**, 19. Juni. Herr Ernst Nathan, ein englischer Jude, der sich hier naturalisieren ließ, wurde zum Großmeister der italienischen Freimaurer erwählt, anstelle des Herrn Lemmi, welcher verzichtet hat. Herr Nathan gehört einer Familie an, die dem berühmten italienischen Staatsmanne Mazzini Gastfreundschaft gewährte, als er sich als Flüchtling in England aufhielt.

r. **Warschau**, 18. Juni. Die hiesige jüdische Gemeinde hat Nachricht von einer neuen Beschränkung erhalten, welche sich auf die Zahl der die Sonntags-Handelsschule besuchenden Juden bezieht; die Schule wurde vor 75 Jahren gegründet aus Fonds, die von der städtischen Kaufmannschaft aufgebracht worden waren. Im Januar d. Js. erließen die Schulbehörden Instruktionen, nach welcher die Zahl der zugelassenen Juden nicht 10 pCt. der Gesamtzahl der Schüler übersteigen darf, obwohl in dem Ustaw, welcher dereinst die Schulgründung sanktionierte, von einer solchen Beschränkung nicht die Rede war.

— Vor dem hiesigen Gerichtshofe kam der Fall eines 35 Jahre alten Juden aus der Ortschaft Raschkowo zur Verhandlung, der des Landstreichens beschuldigt wurde, weil er nirgends registriert war. Er wurde schuldig befunden und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt; nach der Verbüßung dieser Strafe soll er für Lebenszeit nach den entferntesten Teilen Sibiriens ausgewiesen werden.

w. **Moskau**, 18. Juni. Die Bauern des Kreises Berezna in Klein-Rußland haben ihren Stanowoi Pristaw ersucht, „den Juden zu erlauben, die Märkte öfter zu besuchen, da sie sehr gute Preise für Getreide geben; wenn sie nicht da sind, nimmt der „Kulak“ die Erzeugnisse unserer Felder und giebt uns fast gar nichts dafür“.

— Ein Mitglied der jüdischen Gemeinde von Moskau bat unlängst den Gouverneur um die Erlaubnis, die unvollendete Synagoge für öffentlichen Gottesdienst vollenden

und eröffnen zu dürfen. Das Gebäude, welches eines der schönsten in Europa sein sollte und für welches bereits eine ungeheure Summe ausgegeben wurde, wurde auf Befehl des General-Gouverneurs von Moskau vor drei Jahren geschlossen; seine Eingänge wurden damals vermauert. Als Grund wurde damals angegeben, daß eine große Synagoge in einem Orte, aus welchem alle Juden, mit Ausnahme weniger Kaufleute der ersten Gilde ausgewiesen werden, ganz unnötig sei. Die oben erwähnte, an den Gouverneur gerichtete Petition wurde von dem Polizeichef beantwortet, der zu verstehen gab, daß sie nicht berücksichtigt werden könne, und daß, falls noch einmal Petitionen gleichen oder ähnlichen Inhalts abgesandt werden sollten, die Verfasser derselben streng bestraft werden würden. Er fügte hinzu, daß das Synagogengebäude sofort niedergerissen werden müsse, wenn es nicht zu irgend einem anderen Zwecke Verwendung finden könne; andernfalls werde es von den Behörden konfisziert werden.

— Ein Kaufmann der ersten Gilde bat jüngst die Polizei von Moskau, zu erlauben, daß die Trauung seiner Tochter in einer Privatsynagoge stattfinde, welche sich im Hause eines wohlbekannten Mitgliedes der Moskauer jüdischen Gemeinde befindet. Die Bitte wurde ohne irgend eine Begründung ausgeschlagen.

— Am 17. März wurde der Rabbiner der Ortschaft Chotin vor das Kischinewer Bezirks-Gericht gebracht, unter der Anklage, gewisse religiöse Verrichtungen, wie Trauungen, Beaufsichtigung der Schechita u. s. w. vorgenommen zu haben. Er wurde wegen dieser „Verbrechen" zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Rabbi ist 60 Jahre alt.

* **Aus den Gemeinden.** In Buchau fand jüngst zu Ehren des Herrn Lehrers Straßburger, welcher zugleich mit dem 60. Geburtstag sein vierzigjähriges Amtsjubiläum beging, ein Festbankett statt, welches für die große Beliebtheit des Jubilars bei allen Konfessionen ehrendes Zeugnis ablegte. Die dankbare Gemeinde überreichte einen prächtigen silbernen Pokal.

— Vakanzen. Memmingen: Rl., K., Sch. (Bayr. Staatsang.) Fix. 1500, Nbk. ca. 800 Mk. Meld. an A. Gerstle. — Gimbsheim (Rheinhess.): Zum 1./8. od. 1./9. Rl., K., Sch. Fix. 800, Nbk. 400 Mk., fr. Wohn. u. Gart. Meld. an Emil David II. — Grevenbroich: Zum 15./9. unverh. sem. geb. Rl., K. Fix. 1300, für R.-U. in einem Nachbarorte 100 Mk. Meld. an A. Kadenbach. — Kobylagora: Sof. Rl., K., Sch. Fix. 900 Mk., Nbk. u. fr. Wohn. Meld. an J. Tworoger. — Schweinshaupten: Sem. geb. Rl., K., Sch. Eink. 8—900 Mk., fr. Wohn. u. Heiz. Meld. an Seligm. Lippstädter. — Burghaslach: El., K., Sch. Fix. 1150 Mk. u. Nbk. Reisek. d. Gew. — Ober-Rammstadt (Hessen): Sof. Rl., K., Sch. Fix. 720, Nbk. 2—300 Mk. u. fr. Wohn. Sem. geb. bevorz. Meld. an Meyer Wartensleben II. — Beuel bei Bonn a. Rh.: Zum 1./9 Sem. geb. L., K. Fix. 900 Mk. Meld an S. Bär. in Schw. Rheindorf bei Bonn. — Frankfurt a. O.: Baldigst inländ. akad. geb. Rabb., Pred. Fix. 3300 Mk. u. Nbk. — Bocholt: Zum 1./10. od. 1./11. L. (öff. El.-Schule) K. (auch Pred.). Anfangsgehalt 2050, steigend bis 3050. — Posen: Musik. geb. K. für Brüdergem. (Chor u. Orgel). Fix. 2700 Mk. u. Nbk. Meld. an Louis Türk. — Strasburg (Westpr.): Bald. Rabb. (Deutsch.) Fix. 1800 Mk. u. Nbk. — Mur. Goslin. Zum 1./7. Rl., K., Sch. (Kore, Tok.). Fix. 500, Nbk. ca. 500 Mk. u. fr. Wohn. Reisek. d. Gew. Meld. an S. Engländer. — Strasburg (Westpr.): Zum 1./9 K., Sch. (Deutsch.). Fix. 1200 Mk., gut. Nbk. u. fr. Wohn. — Daber: Zum 1/9. K., Sch. Einkomm. ca. 1000 Mk. Meld. an W. Arndt. — Zinten (Ostpr.): Sof. Rl., K., Sch. Fix. 900, garant. Nbk. 400 Mk.

Aus dem Leserkreise.

* **Jugendgottesdienst an hohen Festtagen!** Geehrte Redaktion! Wie aus dem Berichte über die letzten Repräsentantenverhandlungen in Berlin ersichtlich, hat die Verwaltung Ihrer Gemeinde beschlossen, an den hohen Feiertagen einen Jugendgottesdienst zu veranstalten — wahrlich ein Gedanke, wert patentiert zu werden; wenigstens sollte der Vorstand der Gemeinde Berlin einen Musterschutz darauf anmelden, damit dieses Muster nirgends nachgeahmt werde. Nach dem biblischen Gesetze (Welimadtem othom eth benechem) sollen die Eltern ihre Kinder belehren; nur da wo dies unmöglich, dürfen sie sich vertreten lassen. Wenn an sonstigen Sabbaten und Feiertagen die Eltern durch ihr Geschäft oder die Kinder durch Schulbesuch gehindert sind, gemeinschaftlich das Gotteshaus zu besuchen, an den hohen Feiertagen wenigstens sollen die Eltern mit ihren Kindern, sollen die Kinder sehen und hören, wie ihre Eltern beten. Darum werde lieber dafür gesorgt, daß die Kinder an den hohen Feiertagen Platz neben ihren Eltern im Gotteshause finden und so diese Tage in der Synagoge sowohl wie im Hause gemeinschaftlich mit ihnen zubringen. — Das Surrogat des Jugendgottesdienstes mag auf die Sabbate beschränkt bleiben, für die Feiertage, besonders für die hohen Feiertage wollen wir an dem Grundsatze festhalten: „Unsere Jugend und unsere Alten mögen gemeinschaftlich gehn, denn wir feiern ein Fest Gottes." N.-Z.

* **Versammlung.** Am 29. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet zu Bonn (Hotel Schmitz, Bahnhofstr. 10) eine Bezirkskonferenz der Bezirke Köln (I.) und Bonn (III.) und Umgegend statt. Alle Freunde unserer Bestrebungen werden freundlichst eingeladen.

Der Vorstand
des Vereins jüdischer Lehrer in Rheinland und Westfalen.

Briefkasten.

Westfalen. Nächste Woche. Die Vakanzenliste war infolge meiner Abwesenheit ausgefallen; sie erscheint wieder regelmäßig. — Lehrerkonferenzen. Die Berichte werden der Reihe nach veröffentlicht; die kurzen in der Wochenschrift, die langen in der Beilage. — Hrn. H. B., hier. Eine der „Aufrichtigkeiten", die jetzt Oscar Blumenthal in der N. Fr. Pr. publiziert, lautet: „Des Knechtsinns Wogen schwellen und steigen, Und „Freiheit" nennt man zu dieser Frist, Daß jeder das Recht hat, so zu schweigen, Wie ihm der Schnabel gewachsen ist." — Hrn. A. S., Zabrze. Bitte um Fortsetzung. — Hrn. A. Sp., Heinebach. Lange Feuilletons können wir nur langsam lesen. Wir bitten um Geduld.

Verantwortlicher Redakteur: A. Levin, Berlin. — Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. — Druck: Arthur Scholem, Berlin C., Roßstr. 3.

